

4. Öffentliche Podiumsdiskussion

Praktische und politische Aspekte familienergänzender Kleinstkinderziehung – Konsequenzen für die Jugendhilfe

Ilsa Diller–Murschall (Tagungsleitung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie zunächst zu dieser öffentlichen Podiumsdiskussion herzlich begrüßen.

Wie Sie sicherlich wissen, ist der Arbeiterwohlfahrt Bremen vom Senator für Soziales, Jugend und Sport die Durchführung einer Fachtagung zum Bereich der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren angetragen worden. Diese Aufgabe wurde bisher von Herrn Michael Schablow intensiv wahrgenommen. Herr Schablow hat mich gebeten, mit ihm zusammen die Leitung dieser Tagung und damit auch dieser Podiumsdiskussion zu übernehmen. Mein Name ist Ilsa Diller–Murschall, ich bin Referentin für Sozialpädagogik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in Bonn.

Vorweg möchte ich eine persönliche Bemerkung machen: Meines Wissens ist es das erste Mal – abgesehen von Berlin –, daß ein Bundesland sich zu einer derartigen Tagung entschlossen hat und ich finde dies sehr begrüßenswert.

Eine Tagung zu organisieren ist immer ein schwieriges Unterfangen, denn ganz gleich, wie man es macht, man macht es immer verkehrt; z.B. die Entscheidung über inhaltliche Schwerpunkte, welche Referenten etc. und da kann man noch vieles andere nennen. Hier in Bremen hat man sich bemüht, möglichst viele Interessen zu berücksichtigen und ein breites Spektrum zu erfassen. So hat man sich einerseits für eine inhaltlich breit angelegte Fachtagung entschieden, zu der neben den hiesigen Vertretern Mitarbeiter und Referenten aus anderen Bundesländern und vielen Fachdisziplinen gewonnen werden konnten, um ausreichend Anregungen für die spezielle Bremer Situation zu bekommen, auf die diese Tagung ausgerichtet ist. Andererseits sollten auch diejenigen erreicht werden, die z.B. aufgrund ihrer Berufstätigkeit an einer kontinuierlichen Teilnahme bei dieser Tagung verhindert sind, darum würde diese Form der öffentlichen Podiumsdiskussion in den Abendstunden gewählt und in den Tagungsablauf mit einbezogen. Wir haben uns gedacht, daß es insbesondere für die Teilnehmer, die bislang an der Tagung nicht teilgenommen haben, interessant sein könnte, in einem Überblick einiges über den bisherigen Verlauf der Diskussionen zu erfahren. Dies soll gleichzeitig die gemeinsame Diskussionsgrundlage für den heutigen Abend bilden. Frau Haase–Schur und Frau Permien haben sich freundlicherweise bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen und zunächst wichtige Erkenntnisse im gesellschaftspolitischen Bereich und sodann schwerpunktmäßig die wissenschaftliche Diskussion zusammenzufassen.

Zuvor bitte ich, daß sich die Podiumsteilnehmer vorstellen (entsprechend der Sitzordnung):

Prof. Dr. Hedwig Wallis Fachärztin für Kinder– und Jugendpsychiatrie und Direktorin der psychosomatischen Abteilung der Universitäts–Kinderklinik in Hamburg–Eppendorf.
In dieser Eigenschaft habe ich sehr viel mit der psychotherapeutischen Betreuung von neurotisch gestörten und verhaltensgestörten, vor allem auch psychosomatisch kranken Kindern zu tun. Im Gegensatz zur sonstigen Kinder– und Jugendpsychiatrie umfaßt unser Klientel auch sehr viele Kleinkinder und deren Angehörige.

Reinhard Ehlers Jugendpolitischer Sprecher der CDU–Bürgerschaftsfraktion und stellvertr. Sprecher der Deputation für Jugendhilfe

- Sabine Uhl Mitglied der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin der Deputation für Jugendhilfe
- Ulf Traugott Kruse Mitglied der Deputation Jugendhilfe für die liberale Partei, die FDP.
In meinem Zivilberuf bin ich Pastor und habe dadurch sehr viel mit Kindern in einem Kindergarten und mit Jugendlichen zu tun.
- Dr. Henning Scherf Senator für Soziales, Jugend und Sport in Bremen.
Ich bin damit beschäftigt, die inhaltlich begründeten Ansprüche und Programme, die insbesondere an das von mir verantwortete Ressort gerichtet werden, mit den Sparzwängen dieses Landes zu vereinbaren.
- Wolfgang Henschel Leiter der Abteilung Jugend und Familienhilfe beim Senator für Soziales, Jugend und Sport
- Michael Schablow Freier Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt Bremen und mit der Vorbereitung und Leitung dieser Tagung beauftragt.
Ich arbeite als Lehrbeauftragter an der Universität Bremen im Bereich Vorschul- und Sozialpädagogik und bin als Vater und Hausmann seit mehreren Jahren intensiv mit der Problematik von Eltern-Kind-Gruppen vertraut.
- Ilse Haase-Schur Referentin für Familienpolitik beim Senator für Familie, Jugend und Sport in Berlin.
In dieser Eigenschaft bin ich sehr viel mit der Verteidigung der Krippenpolitik in Berlin befaßt.
- Hanna Permien Deutsches Jugendinstitut in München.
Dort habe ich an der Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung des Tagasmütter-Modellprojektes mitgearbeitet.
- Prof. Dr. Kuno Beller Dozent am Institut für Sozialpädagogik der Freien Universität Berlin.
Ich bin dort für das Gebiet der Kleinstkindpädagogik verantwortlich.
- Prof. Dr. med. Kurt Nitsch Kinderarzt und Präsident des Kinderschutzbundes aus Hannover.

Ilse Haase-Schur: Das Thema dieser Podiumsdiskussion „Praktische und politische Aspekte familienergänzender Kleinstkinderziehung – Konsequenzen für die Jugendhilfe“ wird m.E. dem Problem nicht gerecht; es ist, insbesondere bezüglich des zweiten Teils des Themas zu eng gefaßt, denn man denkt dabei nur an die Bedürfnisse und Interessen der Kinder als Adressaten der Jugendhilfe. Auch bei dieser Tagung wurde aber immer wieder deutlich, daß die Interessen der Kinder sehr eng mit denen der Eltern verflochten sind, aber diese nicht identisch, in vielen Bereichen nicht deckungsgleich sind. Die Elternrolle wiederum ist in unserer Gesellschaft vor allem bei kleinen Kindern so definiert, daß sie weitgehend der Frau zugewiesen wird. Deshalb ist bei diesem Thema die Rolle der Frau

von zentraler Bedeutung.

Den Vätern wird allgemein zugestanden, daß sie neben ihrer Rolle als Vater auch noch andere Interessen und Bedürfnisse haben, während man bei Müttern immer noch davon ausgeht, daß sie ihre Bedürfnisse als erwachsene Menschen ihrer Mutterrolle unterordnen und z.B. auf Erwerbstätigkeit verzichten.

Wenn in der Gesellschaft soziale Probleme wie Jugendkriminalität, Drogenkonsum oder dergleichen auftreten, werden häufig sehr schnell die Mütter dafür verantwortlich gemacht und es wird behauptet, sie hätten in ihrer Mutterrolle versagt. So war dies jedenfalls kürzlich in Berlin in einer Wahlbroschüre der CDU zur Einführung des Erziehungsgeldes nachzulesen. Wo man die Mittel herbekommen kann, um das Erziehungsfeld zu decken, wurde z.B. folgendermaßen begründet: Das Problem der Jugendkriminalität wird sich mindern, wenn die Mütter erst wieder zu Hause bleiben, das Drogenproblem wird auch verschwinden und beim Arbeitsförderungsgesetz können Einsparungen erzielt werden. Soweit eine Broschüre, die leider ziemlich viel Publizität erreicht; und die selben Politiker, die solche ideologisch geprägten Zusammenhänge, zwischen Müttererwerbstätigkeit einerseits und Jugendkriminalität, Drogenproblemen auf der anderen Seite herstellen, beklagen sehr häufig die mangelnde Repräsentanz der Frauen in der Öffentlichkeit, in den politischen Parteien, in den Regierungen, auf allen Ebenen.

Man kann sich als Frau, wenn man sich z.B. politische Sendungen im Fernsehen anschaut, nicht repräsentiert fühlen, da diese Welt immer noch von Männern regiert wird. Dies wird also einerseits beklagt und auf der anderen Seite der enge Zusammenhang mit eben dem Problem, der immer noch vorherrschenden Aufgabenverteilung in der Familie. Und damit sind wir wieder bei unserem eigentlichen Thema angelangt.

Nun kann man sich fragen, ob Jugendhilfe dieses sehr komplexe Problem lösen kann, das mit dem Verhältnis der Geschlechter, mit dem Rollenwechsel der Frau usw. zusammenhängt. So ist hier das Thema formuliert. Ich meine: ja und nein. Natürlich kann die Jugendhilfe dazu beitragen, indem sie schleunigst Tagesbetreuungsmöglichkeiten schafft, um dadurch die Mütter aus ihrer ärgsten Zwangslage zu befreien. Häufig sieht dies so aus, daß die Mütter ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn sie keine Tagesbetreuungsmöglichkeit finden. Und man kann nicht davon ausgehen, daß es für einen erwachsenen Menschen die Erfüllung aller seiner Bedürfnisse und Interessen ist, den ganzen Tag nur in Kommunikation mit einem Kleinkind zu verbringen.

Ich sage dies, auch wenn ich weiß, daß dies angegriffen werden kann. Die Jugendhilfe sollte also als ersten Schritt genügend Tagesbetreuungsmöglichkeiten bereitstellen. Damit ist aber das ganze Problem nicht gelöst. Auch wenn wir genügend Tagesbetreuungsmöglichkeiten haben, die sich dazu in ihren Öffnungszeiten an die Arbeitszeiten der Mütter anpassen – wie in Berlin –, belastet dies die Mütter, solange die Väter sich vollkommen heraushalten. Ich meine daher, daß neben der Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten vor allem Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für den Mann und die Frau geschaffen werden müssen. Die Jugendhilfe hat hier eine zentrale Bedeutung. Die gesamtgesellschaftlichen Probleme, die damit zusammenhängen, können aber nicht von ihr allein gelöst werden. Zum Schluß werde ich darauf noch einmal zurückkommen.

Auf dem eben beschriebenen Hintergrund werden nämlich erst die Voraussetzungen geschaffen, daß man von einer echten Wahlfreiheit auch für Frauen reden kann, die die CDU mit all ihren Modellen für ein Erziehungsgeld, erhöhten Sozialhilfeleistungen für alleinstehende Mütter nicht erreicht. Wir werden in Berlin damit z.Z. sehr verfolgt von den laufenden Anträgen, die dies auch immer so formulieren: Erziehungsgeld an Stelle von Krippenplätzen etc. In diesem Zusammenhang wird dann immer davon geredet die Wahlfreiheit für Frauen herzustellen. Solange keine Bedingungen da sind, die die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie auch für Mütter herstellen, kann man von Wahlfreiheit nicht reden. Solche Modelle, die Mütter dafür bezahlen, daß sie zu Hause bleiben, können für eine sozialdemokratische Regierung – auch hier in Bremen – keine Lösung sein. Ich sehe durchaus, daß das Erziehungsgeld, die Aufstockung der Sozialhilfeleistungen als Ei des Kolumbus für viele Probleme gesehen werden mag. In einer Situation, in der die Arbeitsplätze immer knapper werden, die öffentlichen Haushalte immer schmaler, denken sich sicher viele, wenn wir die Mütter dafür, daß sie zu Hause bleiben, mit einem kleinen Taschengeld honorieren, dann mindert sich sofort der Druck auf den Anspruch an Plätzen

in öffentlichen Tageseinrichtungen. Die Arbeitslosigkeit von Frauen wird zumindest statistisch gemindert, natürlich nicht real und Krippenplätze kann man überhaupt sparen. Im übrigen wäre die „heile Welt“ wieder hergestellt in dem Sinne, daß die Frau zu Hause sitzt und das Heim und die Kinder pflegt und den Mann reproduziert. Aber man muß nüchtern sehen, daß die Frauen dies zunehmend nicht mehr akzeptieren. Dazu ein paar Zahlen, wobei die Frage zu stellen ist, ob diese Zahlen so unmittelbar auf Bremen zu übertragen sind, da Bremen noch nicht in dem Maße ein geschlossenes Ballungsgebiet wie die Stadt Berlin ist.

In Berlin hat sich die Müttererwerbstätigkeit in den letzten Jahren um 20% erhöht: von etwa 40% auf 60%; für Mütter mit Kindern unter 6 Jahren um 10%: von 40% auf 50%. Wir haben außerdem eine Situation — dies sollte man auch zur Kenntnis nehmen — in der 20% aller Familien alleinerziehende Eltern sind. Also jede 5. Familie sind alleinerziehende Eltern. Die Ehescheidungen steigen weiter an. In den letzten 20 Jahren haben sie sich im ganzen Bundesgebiet verdoppelt. In Ballungsgebieten liegen sie noch einmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. In Berlin kommen auf zwei Eheschließungen eine Ehescheidung.

In dieser Situation haben wir in Berlin etwa 10 000 Krippenplätze und weitere 3 000 Tagespflegestellen für Kinder im Alter von 0—3 Jahren und etwa noch mal so viele Kinder auf der Warteliste stehen. Dieser enorme Boom hat sich eingestellt, nachdem der Nulltarif für die Kindertagesstätten eingeführt wurde. Der vorher nur latent vorhandene Bedarf, der nicht nach außen sichtbar wurde, der wurde nun sichtbar — er kann von niemandem mehr geleugnet werden.

Dies ist die Situation, die wir haben und deshalb vermisse ich besonders Angaben — auch in den ganzen Vorbereitungsunterlagen für diese Tagung — darüber, wie es hier in Bremen mit der Müttererwerbstätigkeit aussieht (Beifall) und mit dem Anteil alleinerziehender Eltern an den Familien. Sicher gibt es auch hier einen hohen Anteil alleinerziehender Eltern und erwerbstätiger Mütter. Was machen diese denn nun eigentlich? Wir haben in Berlin, ich möchte dieses Problem auch noch kurz ansprechen, unter den alleinerziehenden Müttern einen wachsenden Anteil von jungen Frauen zwischen 20 und 25 Jahren, die nach abgebrochenen Partnerbeziehungen mit einem Kind alleine dastehen. Meist haben sie hohe schulische Defizite und keine berufliche Ausbildung. Wenn man diese Mütter mit Sozialhilfe allein zu Hause sitzen läßt, was wird aus diesen Frauen, wenn sie erst mal 40 Jahre alt sind? Für diese Frauen wären dringend Programme im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes einzurichten und nicht Sozialhilfeleistungen.

Bezogen auf das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen fördern wir im Moment in Berlin Modellversuche. Sie sollen Erkenntnisse darüber erbringen, wie neben generellen Arbeitszeitverkürzungen der Eltern, die ja auch im Rahmen dieser Tagung berechtigterweise immer wieder gefordert wurde, die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreicht werden kann. Wie sie wissen, diskutieren die Gewerkschaften das Problem eher dahingehend, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen oder den Jahresurlaub zu verlängern. Das Bewußtsein für die gesellschaftspolitische Bedeutung der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist auch in Gewerkschaftskreisen bisher kaum ausgeprägt. Ich gehe davon aus, daß, wenn wir heute daran gehen würden die Arbeitszeit für Eltern auf gesetzlichem Wege auf 6 Stunden täglich zu verkürzen, dies nicht unmittelbar etwas an der Aufgabenverteilung innerhalb der Familie verändern würde. Auch die Arbeitszeitverkürzungen, die wir in der Vergangenheit hatten, haben an der Aufgabenteilung in der Familie nichts geändert. In Schweden ist jüngst eine repräsentative Untersuchung im ganzen Land über die Beteiligung der Männer an den Haushalts- und Erziehungsaufgaben gelaufen. Es kam heraus, daß sich die Männer kaum oder gar nicht beteiligen — ganz gleich, ob die Frauen ganztätig oder halbtags erwerbstätig oder ganz zu Hause sind.

Insofern gehe ich davon aus, daß wir dringend Modellversuche mit einer bewußtseinsfördernden Wirkung brauchen in dem man z.B. einzelne Betriebe auf freiwilliger Basis gewinnt, die bereit wären eine Arbeitszeitverkürzung für Eltern einzuführen, um dann auch in der Verbindung von Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzungen und die Anpassung an Familiennotwendigkeiten zu erproben. Bedingung für diese Modellversuche müßte die Beteiligung beider Elternteile — Vater und Mutter — sein, die von vornherein bereit wären, die Rollen-

verteilung in der Familie zu verändern. Dies müßte durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und z.B. durch Gesprächskreise unterstützt werden.

Dies wäre eine neue Art von Familienbildung, die wirklich strukturell in den Familien etwas verändern könnte. Voraussetzung für all das ist, daß Tagesbetreuungsmöglichkeiten vorhanden sind. Und damit sind wir wieder beim Thema. Auch wenn wir kürzere Arbeitszeiten haben, und wenn wir die Frauen nicht für längere Zeiten aus den Berufszusammenhängen reißen wollen, brauchen wir als erstes Tagesbetreuungsmöglichkeiten. Hierin sehen wir auch die Verpflichtung der Jugendhilfe, wobei einzelne Formen zunächst einmal unberücksichtigt bleiben sollten. (Beifall)

Ilse Diller-Murschall: Vielen Dank für diese Einstimmung in gesellschaftspolitische Aspekte, die sicherlich im Verlauf der weiteren Diskussion nicht unangegriffen bleiben werden. Ich würde gerne in unserem „Fahrplan“ fortfahren und Frau Permien bitten, zum Bereich der wissenschaftlichen Probleme etwas zu sagen. Danach gehört den Politikern das Wort.

Hanna Permien: Wir stimmten auf der Tagung sehr bald mehrheitlich überein, daß die Fragestellungen zur frühkindlichen Betreuung so, wie man sich darüber gegenwärtig in der politischen Auseinandersetzung hauptsächlich streitet, von der Realität längst überholt sind bzw. in der jetzt diskutierten Form nie relevant waren. Sicher brauchen kleine Kinder Liebe, Geborgenheit und Beziehungen zu konstanten Bezugspersonen, aber es kann heutzutage nicht mehr ernsthaft behauptet werden, daß die enge und ausschließlich Mutter-Kind-Beziehung die einzige Garantie für eine gesunde Entwicklung der Kleinkinder ist. Das haben die Beiträge dieser Tagung deutlich gemacht.

Selten sind in der Geschichte die Kleinkinder von ihren Müttern allein betreut worden. Das geteilte Sozialisationsfeld, d.h. die Betreuung der Kinder von der Mutter und von anderen Betreuungspersonen ist seit der Industrialisierung eine weitverbreitete Betreuungssituation. Dagegen ist die Kleinfamiliensituation, in der Mutter und Kind miteinander allein gelassen werden, wo höchstens abends noch ein Vater hinzukommt und wo sich Mutter und Kind ausschließlich aufeinander konzentrieren, die Beziehungen zwischen Mutter und Kind eher zu eng werden als zu locker, eine historisch neue Situation.

D.h. wir müssen davon ausgehen, daß diese Situation von Mutter und Kind in einer weitgehend kinderfeindlichen Umwelt für beide zu anregungs- und kontaktarm ist. Es wäre deshalb zu prüfen, inwieweit es noch die Familiensituation gibt, in der die Mutter neben der Kinderbetreuung noch andere Aufgaben hat, wo ein weites und reichhaltiges Feld an Kontakten für die Kinder besteht.

Wir müssen weiterhin zur Kenntnis nehmen, daß seit Jahrzehnten ca. 1/3 der Mütter von Kleinstkindern arbeitet — wie Frau Haase-Schur ausführte —, in Ballungsgebieten sind es noch wesentlich mehr.

Nur 8% aller Betreuungsplätze für Kinder erwerbstätiger Mütter sind öffentliche Plätze, d.h. Plätze in Krippen und in Tagespflege.

Es geht also um die Frage, wie den Bedürfnissen von Müttern und Kindern, die nicht einfach deckungsgleich sind — besser als bisher Rechnung getragen werden kann. D.h. wir brauchen familienunterstützende Maßnahmen, die für die nicht berufstätigen Mütter Kontakte und gemeinsame Aktivitäten anregen, wie Spielkreise, Mutter-Kind-Turnen, Mini-Clubs etc. Wir brauchen diese Angebote nicht nur für die Mittelschicht, sondern auch für sozial benachteiligte und Ausländerfamilien. Zudem brauchen wir familienergänzende Angebote für Tagesbetreuung von Kleinkindern.

Ganz klar ergibt sich aus den Forschungen, daß Tagesbetreuungen unter guten Bedingungen keine Schäden für die frühkindliche Entwicklung und die Mutter-Kind-Beziehung nach sich ziehen. Alle Vergleiche von Kindern in Tagesbetreuungseinrichtungen mit Kindern in Heim-situationen, aus denen leicht der Schluß gezogen wird, daß auch Kinder in Tagesbetreuungs-

einrichtungen notwendigerweise Hospitalismus- und Deprivationsschäden haben müßten, sind einfach aus der Luft gegriffen. Das haben z.B. die Untersuchungen zum Tagesmüttermodell ergeben, in dem die Entwicklung von Kindern unter Tagespflegebedingungen mit der Entwicklung von Kindern verglichen wurde, die ausschließlich von ihrer Mutter betreut werden.

Es wurde festgestellt, daß die Kinder im Tagesmüttermodell den Kindern aus der Familienbetreuung nicht nur nicht unterlegen waren, sondern im sozialen Bereich kompetenter waren. Sie waren weniger gehemmt und ängstlich als die Familienkinder. In diese Richtung deuten auch die inzwischen reichlich vorliegenden Erfahrungsberichte von Eltern-Kind-Gruppen, von Baby- und Krabbelgruppen und aus guten Krippen.

Gute Betreuungsangebote kosten Geld, wobei sich die Jugendhilfe fragen muß, wann sie eigentlich das Geld investieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, d.h. wenn zusätzliche Maßnahmen wie Beratung, Betreuung, Therapie, vielleicht auch die Unterbringung in Pflegestellen und Heimen notwendig ist? Oder will sie es dann zahlen, wenn präventive Maßnahmen noch möglich sind?

Gute finanzielle und räumliche Bedingungen für Krabbelgruppen und Tagespflegemütter sind das erste, was gesichert werden muß, ehe man über weitere pädagogische Verbesserungen reden kann.

Des weiteren geht es um die Realisierung von Fortbildungs- und Gruppenarbeit für Eltern, Erzieher und Tagespflegemütter. Wir müssen feststellen: es fehlt nicht an Ideen, sondern es fehlt bisher an Realisierungschancen, sprich an Geld. Hier ist der Bereich wo Jugendhilfe tätig werden muß.

Daß Jugendhilfe allein nicht alle Probleme lösen kann, die die veränderte Situation der Familie in unserer Gesellschaft geschaffen hat, das hat Frau Haase-Schur deutlich aufgezeigt. Ich möchte nur noch einige Stichworte hinzufügen: die Wohnmöglichkeiten und die Wohnumwelten von Familien heute, sind in höchstem Maße beeinträchtigend für das hochgepreisene Familienleben. (Beifall)

Ich denke, daß wir nun hinreichend eingestimmt sind und möchte fragen, wer von den Politikern zunächst auf die Ausführungen eingehen möchte.

Henning Scherf: Ganz entgegen der sonstigen Praxis soll ich mal vor und anfangen. Gut, ich will gerne meine bisherigen Eindrücke über die Tagung und auch über das Problem selbst hier darlegen.

1. Mir ist bei der Verfolgung der Debatte in den letzten Tagen aufgegangen, daß der dramatischste Akzent in dieser Problematik die Frauen-Frage ist. Das ist mir deutlich geworden an der Resonanz, die die Beiträge insbesondere von Frau Wagnerova gestern und eben von Frau Haase-Schur gefunden haben. Ich habe dies tendenziell auch schon vorher gewußt, aber es war mir nicht klar, wie sehr dieses das Hauptproblem ist. Ich will dies jetzt erstmal festhalten und später dazu noch ein paar Anregungen machen, ohne daß ich dafür das Patentrezept beanspruchen könnte.
2. Ich habe ferner in den beiden letzten Tagen miterlebt — aber bei Leibe noch nicht richtig erschöpfend —, wie prinzipielle Einwände gegen die Forderung nach institutionalisierten Angeboten des Staates oder von freien Trägern aufgenommen werden. Ich habe erlebt, wie der Kinderarzt unter uns sich dazu geäußert und auf die Diskussion eingelassen hat; wie er sich gewendet hat von einem prinzipiellen „Das kann nicht gut gehen“ zu einem „Ihr müßt aufpassen, daß ihr nicht alle 0-3jährigen Kinder über einen Kamm schert, daß ihr die großen vorhandenen Unterschiede in diesen

ersten drei Lebensjahren entsprechend berücksichtigt, wenn ihr Programme aufstellt“. Ich wäre dankbar, wenn wir diesen Hinweis nicht völlig außen vor ließen. Ich glaube, in der politischen Debatte sind diese Einwände gegen eine öffentliche Kleinkinderziehung dramatisch und finden in der Bevölkerung eine Riesenmehrheit. Die Fachleute, die sich über die Sozialpädagogik, die Sozialarbeit und die Sozialwissenschaften an diese Arbeit heranmachen, dürfen dies nicht übersehen.

3. Es ist mir klar geworden, daß es sich um ein soziales Problem handelt. Daß es ein Unterschied ist, ob ich berufstätige Eltern vor mir habe, bei denen einer von beiden sagt oder beide sagen: „Wir wollen unsere Berufstätigkeit nicht einschränken, weil wir Kinder haben“ oder ob ich es mit berufstätigen alleinerziehenden Müttern zu tun habe. Ich glaube, es ist ein Fehler, diese alle über einen Kamm zu scheren. Es ist m.E. eine Tatsache und wurde auch von Frau Haase-Schur bestätigt, daß wir inzwischen wieder eine starke Zunahme bei alleinerziehenden Müttern und Vätern beobachten können, die sicherlich nicht so hoch ist wie in Berlin, doch in der Tendenz ist es hier in Bremen ähnlich. Ich gehe davon aus, daß wir auf eine solche Herausforderung Antworten entwickeln müssen.
4. Zu dem aus meiner Sicht Schwierigsten: Wie kann man sich eigentlich auf eine Diskussion einlassen, wenn man Ebbe in der Staatskasse hat, und man schon die vorhandenen Programme nur mit Not und manchmal auch nur unzulänglich verteidigen kann? Wie kann man das und mit welcher Perspektive? Ich glaube, es ist völlig unreal und keiner von uns will das im Grunde: nämlich ein flächendeckendes Angebot an Krippenplätzen aus dem Boden stampfen. Ich hatte dies zunächst als Hauptforderung erwartet, als ich mit dieser Diskussion konfrontiert worden bin. Dies ist jedoch unter vielen Gesichtspunkten unreal; ich würde deshalb abraten, sich darin zu verrennen, von welcher Seite auch immer. Die Frage ist, ob es Möglichkeiten gibt, unser relativ gutes aber objektiv natürlich nicht ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten in der Tendenz zu öffnen. Ich könnte mir vorstellen — und ich weiß dies von meinen eigenen Kindern —, daß es gut ist, Altersgruppen untereinander zu mischen, d.h. wir sollten davon wegkommen, die dreijährigen Kinder für sich, die vierjährigen für sich usw. und unabhängig davon die zwei- und einjährigen Kinder jeweils voneinander getrennt zu erziehen. Ich glaube, es könnte für alle Kinder eine lebhaftere Verbesserung ihrer Möglichkeiten sein, auf diese Weise soziales Verhalten einzuüben, wenn diese Alterstrennung langsam, bitte, nicht mit Gewalt, aufgegeben wird. Daß dies Vorteile haben kann, könnte ich mir auch für die Kindertagesstätten vorstellen. Wenn schon die Eltern-Kind-Gruppen, die sich so nachdrücklich hier in Bremen mit Forderungen nach institutioneller Förderung melden, dies auch schon als eigene Erfahrung zugeben, dann denke ich, daß das ein Verständigungsprozeß sein könnte, auf den wir uns einlassen.

Zwischenfrage: Heißt das, daß diese Eltern-Kind-Gruppen in Zukunft gefördert werden?

Ich habe doch gerade gesagt, daß sich hier selbst die, die zunächst um Förderung kämpfen und uns kritisch gegenüberstehen, weil wir dies bisher noch nicht zustande gebracht haben, auch in ihrer eigenen Praxis berücksichtigen und korrigieren müssen, was sie da an Ausgliederung der Altersgruppen so einfach gemacht haben. Dies wäre also ein zusätzlicher Ansatz, über die Problematik hinaus, die in dieser Sache steckt, sich zu verständigen. Ein Ansatz also, der uns trotz unterschiedlicher Organisation, durch an diesem Problem gemeinsame Arbeitsansätze verbinden könnte. Ich denke ferner, daß wir anhand dieser Diskussion, die wir jetzt führen wollen, Anlaß haben, das Angebot an familienergänzenden Maßnahmen auszufächern, zu intensivieren und auch zusätzliche Öffentlichkeit hineinzubringen;

Ich habe es heute vormittag richtig gut gefunden, wie sich die Vertreter des Hauses der Familie engagiert eingebracht haben mit dem, was sie machen. Ich finde, diese Arbeit verdient zusätzliche Beachtung und Ausbau. Auch der eigene Arbeitsansatz der Er-

ziehungsberatung darf nicht in den Schatten gedrängt werden, sondern muß zusätzlich, auch gerade an den eigentlich problematischen Bedarf, herangebracht werden. Darüber hinaus muß ich sagen, daß irgend etwas falsch sein muß in der Tagespflege. Wir haben in Bremen so gut wie keine Kinderkrippen — nur eine von der Arbeiterwohlfahrt, eine an der Universität und eine private, das ist schon alles — und trotz dieses praktisch nicht vorhandenen Angebotes an Kinderkrippen, so haben mir meine Mitarbeiter gesagt, werden die Tagespflegeplätze nicht ausgeschöpft. Ich will damit sagen, daß wir uns auf diesem Gebiet noch mehr Gedanken als bisher darüber machen müssen, was in diesem Bereich gearbeitet und verbessert werden muß.

Die institutionelle Förderung der Eltern-Kind-Gruppen schließlich, die bei uns in Bremen verlangt wird, könnte möglicherweise so von statten gehen: Für den Kreis derjenigen Allein-erziehenden und Eltern mit geringem Einkommen, die sich einer solchen Eltern-Kind-Gruppe anschließen wollen, aber davon bisher ökonomisch ausgeschlossen sind (wie heute morgen gesagt wurde, werden Beiträge zwischen 400 und 500 DM monatlich erhoben), sollten wir in der Praxis unsere Jugendamts-Einzelfallberatung und Pflegesatzbewilligung ausbauen. Immer, wenn also alle Voraussetzungen wie Notwendigkeit, Bereitschaft und Befürwortung durch das Jugendamt gegeben sind, daß das Kind in eine solche Eltern-Kind-Gruppe kommt, sollten wir versuchen, über Einzelentscheidungen eine finanzielle Möglichkeit dafür zu eröffnen, falls es allein daran hapert.

Die Möglichkeit einer prinzipiellen finanziellen Regelung ist in Bremen in kürzerer Zeit nicht in Aussicht zu stellen. Da sind im Moment wirklich andere Haushaltszwänge. Sie wissen das, d.h. ich trage Eulen nach Athen, denn die Zeitungen sind voll davon, daß ich meine Liebe Not habe, dies einigermaßen zu verteidigen. Es wird ihnen allen auch noch im Gedächtnis sein, was im Behindertentransport in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den Haushaltseinsparungen passiert ist. (zögernder Beifall)

Ulf Traugott Kruse: Fast wird man etwas unsicher angesichts dieser als gesichert hingestellten Aussagen, die hier über Kinder, über Krippen, über Tagesmüttermodelle und ähnliche Dinge gemacht worden sind. Doch erlauben Sie mir, daß ich dieser Unsicherheit in einer Richtung Ausdruck verleihe. Ich habe noch erlebt, wie an einem meiner Kinder in der Schule eine „gesicherte“ Methode ausprobiert wurde, nämlich die Ganzheits-Methode. Ich habe mitbekommen, daß man nach einer Weile gar nicht mehr so davon überzeugt war.

Wie ist dies eigentlich mit den passiv Betroffenen, über die wir hier reden? Den Kindern, für die wir uns jeder an seiner Stelle verantwortlich wissen. Manchmal habe ich Zweifel. Wenn wir heute wüßten, daß manche Dinge, die wir heute tun, blind machen werden, würden wir sie dann verbieten? Wissen wir wirklich immer so genau Bescheid über diese für meine Begriffe sehr leidensfähige Kreatur Mensch bzw. Kind? Oftmals wissen wir erst hinterher, wenn wir Schwierigkeiten haben oder sich Probleme zeigen, was wir falsch gemacht haben.

Ich glaube, daß ich manchem, was hier gesagt wurde, politisch anschließen kann. Gewiß liegt das Heil nicht ausschließlich in der einen Richtung oder auf einer Ebene; davor möchte ich unbedingt warnen: Ich glaube, daß es richtig ist, bestimmte Richtungen zu verfolgen; zum Beispiel das Tagesmüttermodell oder eine Krippe, die dann wohl anders aussieht als diejenige, die man bislang landläufig meint.

Ich glaube auch, daß wir auf der anderen Seite dagegen nicht einfach einwenden können, daß dies alles nicht bezahlbar ist. Schließlich wurde schon vorhin darauf hingewiesen, daß es oftmals viel teurer wird, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Ich meine nicht, daß der Staat alles bezahlen kann, aber wenn ich mir vergegenwärtige, was unsere Gesellschaft für Luxusgüter ausgibt — bis hin zu manchmal recht eigenwilligen Dingen —, und mir andererseits überlege, was für die Menschen aufgewandt wird, über die wir hier reden, dann gibt es da eine ziemlich große Diskrepanz.

Dann ist es einfach, nur zu fragen: „Und wie sollen wir das bezahlen?“ Insofern meine ich, daß sowohl von der staatlichen Seite, aber auch von denen, die in dieser Zeit und dieser Welt Kinder haben, Anregungen unternommen werden müssen. Sehr häufig sind private Initiativen, z.B. die Eltern-Kind-Gruppen, eine ausgezeichnete und — wie ich meine — sehr unterstützenswürdige Lösung, weil sie eine große Freiheit haben, schnell auf das zu reagieren, was vom Kind oder von einem Elternteil her notwendig ist. Man sollte solche Dinge sehr viel mehr verfolgen und unterstützen, denn hier werden Erfahrungen gemacht, die mit staatlichen Einrichtungen nicht zu vergleichen sind und auch in Groß- oder Modellversuchen nicht so schnell zum Tragen kommen.

Zwischenfrage (von einem Vertreter der Initiative „Der Kinder wegen“):
Wie stellen Sie sich diese Unterstützung konkret vor, die Sie eben angesprochen haben?

Wenn Sie mich das fragen, heißt das, Eulen nach Athen tragen, denn alle Leute, die hier neben mir sitzen, wissen, daß ich mich immer dafür eingesetzt habe und nicht nur für ein „irgendwann“, sondern auch für das Heute, ja schon Gestern. Auch wenn ich heute gehört und gelernt habe, daß das zentrale Problem die Situation der Frau ist, meine ich, daß die Lobby für Kinder selbst nicht zu kurz kommen darf: ich möchte mich stark machen für alles, was für das Kind notwendig ist, auch wenn dies unpopulär ist. (Beifall)

Sabine Uhl: Ich darf erst einmal vorwegschicken, daß wir vier, die wir in der Deputation für Jugendhilfe sind, alle in einem Boot sitzen. Wir sind nicht mit fertigen Konzepten hierher gekommen, wie Sie es schon aus den ersten beiden Beiträgen entnehmen konnten. Wir als Deputation haben dazu beigetragen, daß diese erste Tagung stattfinden konnte, weil wir hoffen und meinen, daß sich für uns aus den kontrovers vorgetragenen Vorstellungen und Meinungen eine tragfähige Entscheidung herauskristallisiert. Ich bin dankbar, daß wir heute abend noch einmal in einen Dialog eintreten können.

Mit Frau Haase-Schur bin ich der Meinung, daß Maßnahmen der Jugendhilfe nicht nur als Familienpolitik, sondern darüber hinaus als Gesellschaftspolitik zu verstehen sind. Aus dieser Auffassung ergeben sich zwei Ziele: ein kurzfristiges und ein langfristiges. Unter das langfristige Ziel möchte ich alle Möglichkeiten subsumieren die Schichtarbeit zu ändern, flexiblere Arbeitszeiten zu bekommen, Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen einzuleiten und dazu auch verschiedene Formen pädagogischer Betreuung auszubauen. Mittelfristig würde ich die Ziele, die wir anstreben, unter verschiedene Aspekte gestellt wissen:

1. Kann es nur darum gehen, daß das Wohl des Kindes und der Eltern gemeinsam Berücksichtigung finden?
Diese Erkenntnis ist nicht neu; auch im Verlauf der gestern abend geführten Diskussion wurde deutlich, daß das veränderte Rollenverständnis von Mann und Frau — insbesondere das der Frau — mit dazu beigetragen hat, daß die Frage der Tagesbetreuung von 0-3jährigen Kindern nicht mehr so sehr an den Rand gedrängt werden kann.
2. Haben sich die Sozialisationsbedingungen, gerade auch der außerfamiliären Erziehung, geändert?
Die Diskussion ist längst weitergegangen und die tatsächlichen Gegebenheiten sind besser geworden. Daraus ergeben sich wohl auch für uns Konsequenzen zu überlegen, inwiefern wir die Angebote, die von den Experten gestern gekommen sind, aufnehmen und umformulieren in Angebote für Bremen. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß Angebote, wie es sie in Berlin gibt, aus der spezifischen Berliner Situation sehr viel besser begründbar sind, als aus der Bremer Situation. Wir haben in Bremen z.B. kein Tagesmüttermodell gehabt, weil wir schon sehr viel

eher Tagespflegestellen hatten. Bremen hatte von daher schon ein Angebot, was aber wohl von der Intensität nicht ausreichend war. Außerdem gebe ich zu, daß sich in der sozialpädagogischen Diskussion in den letzten Jahren einiges geändert hat, was ich zugegebenermaßen nicht beurteilen kann.

3. Kann es nicht darum gehen, daß wir generell einheitliche Angebote schaffen, sondern daß wir auf die verschiedenen Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unterschiedlich reagieren müssen.
Frau Permien sagte: „Nicht nur für die Mittelschicht, sondern auch für sozial benachteiligte Eltern“. Ich würde dies gern genau umdrehen. Ich würde sagen, wenn das Reden von der Chancengleichheit nicht ein leeres Gerede sein soll, dann muß hier genau der Ansatzpunkt sein, wie es auch in unserem Kindergarten- und Hortgesetz formuliert ist.
4. Könnte es darum gehen, daß wir freie Träger im Rahmen ihrer Möglichkeiten motivieren.
Ich darf Ihnen aus der bremischen Situation, von der wir hier sprechen, sagen, daß es evangelische und auch katholische Gemeindezentren gibt, die vormittags leer sind. Warum könnten sie nicht stadtteilorientierte, offene Angebote machen? Es müssen nicht immer ausschließlich institutionalisierte Maßnahmen angeboten werden.
5. Müßten einige Anforderungen an die Qualität dieser Erziehung gestellt werden. Die öffentliche Hand ist gefordert, wo sie für die Qualifizierung der Mitarbeiter verantwortlich ist.
6. Der letzte Aspekt müßte sein, daß sich auch die Eltern oder die Alleinerziehenden, soweit sie Interesse daran haben — was ich annehme —, sich in irgend einer Form in die Arbeit einbinden lassen, damit die geteilten Sozialisationsfelder, von denen gestern abend die Rede war, nicht zu einem Bruch in der kindlichen Entwicklung führen.

Kurzfristig wird der Deputation einen Bericht über Familienpflege in Bremen vorliegen. Die Deputation wird sich darüber informieren was bis her geschehen ist. Wir haben in Bremen sehr unterschiedliche Angebote in Tagespflegestellen. Wir müssen überlegen, inwieweit wir innerhalb dieser Angebotsstrukturen etwas einbauen können. Wenn das nicht möglich ist, müssen wir uns für unsere Diskussion und für die Maßnahmen andere Möglichkeiten überlegen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich hier nichts verkünden kann, was nicht abgesprochen ist.

Reinhard Ehlers: Nach dem bisherigen Verlauf der Veranstaltung, insbesondere nach den ersten beiden Berichten, frage ich mich, ob wir alle, die wir hier auf dem Podium oder auch im Saal sitzen, von dem gleichen Ausgangspunkt ausgehen: das Interesse des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen.

Wenn hier in dem ersten Bericht davon die Rede war, daß die Interessen der Eltern und Kinder sich nicht immer decken und daß die ganztägige Kommunikation mit dem Kleinkind eine Zwangssituation sei, aus der insbesondere die Mutter befreit werden müßte — dann erschreckt mich das, meine Damen und Herren! Ich kann, Gott sei Dank, was meinen Bekannten- und Verwandtenkreis angeht — und der verhältnismäßig groß ist und nicht ausschließlich aus CDU-Anhängern besteht — die Beobachtung machen, daß die meisten Eltern ihre Rolle, immer noch so verstehen, daß sie Liebe und Zuneigung gegenüber dem Kind empfinden. (empörte Zwischenrufe)

Von daher stellt sich die Frage für mich, ob die Antwort auf vorhandene Mängel in der Kindererziehung — die ich ja keineswegs leugnen will — nun im Ersatz der familiären Erziehung liegt? Oder ob sie nicht vielmehr in der Förderung der Familie und Ver-

besserung ihrer Situation zu suchen ist?

Da sehe ich die wesentlichen Unterschiede — und wir sind ja hier auch eingeladen worden, um unsere unterschiedlichen Positionen zu vertreten.

Ich räume genauso, wie Herr Senator Dr. Scherf, ein, daß die Rolle der Frau an dieser Stelle ein wichtiger Punkt ist. Deswegen geht die CDU in ihren familienpolitischen Leitsätzen davon aus, daß in der Familie die Partnerschaft verwirklicht werden muß. Wir wissen, daß das bis heute weithin noch nicht der Fall ist, sondern daß die Frau vielfach die Lasten der Mehrfachbeanspruchung durch Beruf und Familie zu tragen hat. Dies abzubauen ist auch unser Ziel und deshalb fordern wir, daß sich Mann und Frau ohne Nachteile frei entscheiden können, wer für Haushalt, Familie und Kinder und wer für den Lebensunterhalt zuständig ist. Um diese Entscheidung zu erleichtern, haben wir die Einführung eines Erziehungsgeldes vorgeschlagen, was Sie als Taschengeld abqualifizieren können, wie dies vorhin geschehen ist. Natürlich ist es damit allein nicht getan. Ich gebe recht, daß entsprechende Bedingungen vorhanden sein müssen, wenn man diese Wahlfreiheit anstrebt. Hier ist gesellschaftspolitisch noch einiges aufzuholen, was mit Jugendhilfe allein mit Sicherheit nicht leistbar ist. Außer an Erziehungsgeld denken wir z.B. an eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs, insbesondere auch für Mehrkinderfamilien. Auch die Wohnsituation muß verbessert werden, was heute abend mit Recht schon angesprochen wurde.

Eltern — Erzieher — Elternberatung. Aber vielleicht darf man noch hinzufügen: die Vorbereitung der jungen Generation auf ihre Rolle als Vater und Mutter. Ich meine, daß auch das eine Aufgabe ist, der gerade wir als Jugendpolitiker uns verschreiben sollten.

Alles in allem räumen wir ein, daß es Fälle gibt, in denen familienergänzende oder auch — ersetzende Maßnahmen erforderlich sind, insbesondere dann, wenn beide Elternteile gezwungen sind einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wenn es sich um eine unvollständige Familie handelt, wo Mutter und Vater nicht für das Kind zur Verfügung stehen.

Für solche Fälle müssen entsprechende Einrichtungen vorgesehen werden. Es ist gar keine Frage, das würden wir auch jederzeit unterstützen, wie wir es auch zu jeder Zeit in der Deputation Jugendhilfe getan haben. Aber einem flächendeckenden Angebot an außerfamiliären Erziehungseinrichtungen für die 0-3jährigen, um das es hier auf dieser Fachtagung ja speziell geht, stehen wir skeptisch, kritisch und — wenn Sie so wollen — ablehnend gegenüber. Wir fordern vielmehr eine Förderung der Familie, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Wir scheinen übrigens mit unserer Meinung keineswegs alleine dazustehen: auch die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe hat sich in einer vor kurzem zu diesem Thema veröffentlichten Stellungnahme sehr eindeutig zur Förderung der Familie bekannt. (Beifall)

Michael Schablow: Bevor wir die Runde mit Frau Prof. Wallis fortsetzen, möchte ich daran erinnern, daß diese Podiumsdiskussion im Zusammenhang mit den letzten beiden Tagungen zu sehen ist. Ich meine, wir sollten bestimmte Diskussionsprozesse und Ergebnisse, die diese Tagung bereits gezeigt hat, zur Grundlage unserer Diskussion machen, damit wir uns nicht ständig im Kreis drehen.

In dieser öffentlichen Veranstaltung heute abend tauchten erneut einige Argumente auf, die wir während der Fachtagung als nicht mehr diskussionswürdige Alternativen betrachtet und zu den Akten gelegt haben, z.B. Kind anstelle von Beruf; Erziehungsgeld statt Krippen; Familie statt Tagesbetreuung; und eine heute abend neu aufgetauchte Variante: Luxusgüter statt Kinder. Es kann auf dieser Tagung ebensowenig um eine solche „Schwarz-Weiß-Malerei“ wie um die Forderung eines flächendeckenden Angebots an Krippenplätzen gehen. Wir brauchen uns nicht über irrealen Forderungen unterhalten und sollten uns nicht allzu sehr mit nebensächlichen Aspekten beschäftigen. Vielmehr müssen wir zur Kernntnis nehmen, daß es nicht nur einzelne Fälle, sondern strukturell bedingte Notwendigkeiten gibt, über familienergänzende Erziehung zu diskutieren und Antworten zu suchen. Wenn wir die zentrale Frage der Tagung „Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?“ ernst nehmen, müssen wir „Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?“ ernst nehmen, müssen wir von den allgemeinen Strukturen innerhalb der Familie und Gesellschaft ausgehen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation dieser Kinder und ihrer Eltern entwickeln. Deshalb möchte ich die Politiker darum bitten, auf die Fragen einzugehen, wie und mit welcher Perspektive in Bremen kurzfristig wie langfristig auf die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern eingegangen werden kann.

Wie die Fachtagung nämlich auch gezeigt hat, sind wir in Bremen kaum in der Lage, detaillierte Angaben und insbesondere differenzierte Situations- und Bedarfsanalysen vorzulegen.

Frau Haase-Schur hat darauf hingewiesen, daß in Berlin eine neue Situation eingetreten ist, als durch die Einführung des Nulltarifs der latente Bedarf sichtbar wurde. In Bremen haben wir diese Situation nicht. Daher tun wir uns sehr schwer, Aussagen über den Ist-Zustand zu machen und daraus Zielvorstellungen für die Zukunft zu entwickeln. (Beifall)

Hedwig Wallis: Ich bin hier weniger als Politikerin, sondern in meiner Eigenschaft als Fachfrau. Ich möchte zunächst einmal vorausschicken, daß mir in der gesellschafts-politischen Diskussion ein merkwürdiger Romantizismus immer wieder begegnet, der die gute alte Großfamilie gegenüber der reduzierten armen Kleinfamilie setzt. Die gute alte Großfamilie in der Zeit vor der Industrialisierung, in der es auch noch keine bürgerliche Erziehung gab, war eine Familie mit sehr vielen Kindern. Die Geburten-rate war außerordentlich hoch und die Sterberate ebenso hoch, so daß die engere Bindung an das Kind gar nicht stattfinden konnte, wie das ARIËS sehr gut beschrieben hat. Wir sind eigentlich jetzt erst in der Zeit, wo die intensivere Zuwendung zu dem Kind von breiteren Bevölkerungskreisen entdeckt wird.

Früher war es die bürgerliche Erziehung, die sich unter ganz bestimmten Gesichtspunkten auf die Kinder richtete. Hingegen besteht heute in der industrialisierten Welt die mehr oder weniger geglückte Möglichkeit, das Kind oder Kinder auch bei schwerster ökonomischer Belastung groß zu ziehen ohne – oder nur mit geringer – Hilfe des Staates.

Ich behaupte, daß unser heutiges Wissen, wie wir Kinder verstehen, erleben etc., uns eine große Chance gegeben hat zu entdecken, daß die Erziehung von Kindern eine unglaublich kreative, befriedigende und interessante Tätigkeit sein kann; interessanter als irgend etwas, was man notgedrungen weniger aus sozioökonomischen Zwängen tut, sondern weil man meint, nur als berufstätiger Mensch wertvoll zu sein. (Beifall)

Andererseits gebe ich zu, daß sehr viele Menschen – sowohl alleinerziehende Mütter als auch Menschen in entsprechender sozialer Situation – gezwungen sind, zu arbeiten und eine Betreuung für ihre Kinder zu suchen. Daß diesen Menschen geholfen werden muß darüber sind sich alle hier einig.

Wenn aber vorhin davon gesprochen wurde, daß es einen großen latenten Bedarf an Tages-betreuung gibt und ein großer Prozentsatz von Müttern mit sehr kleinen Kindern berufstätig ist, muß m.E. vom Bewußtsein der Betroffenen her hinterfragt werden, wie und wodurch die Einstellungen der Eltern zu diesem Problem geprägt wurden. Unter Umständen ist das ganz anders, als dies hier gesagt worden ist. Ich kenne sehr viele Mütter, die mit ihren Kindern zu uns in die Sprechstunde kommen, die der Meinung sind, solange ihr Kind noch klein ist, wollen sie noch arbeiten, wenn es dann in die Schule kommt, hören sie auf, damit sie auf die Schularbeiten aufpassen können. Diese Frauen, diese Eltern wissen häufig gar nicht um die Bedeutung, die sie für ihre Kinder haben, und wenn man es ihnen klarmacht, sind sie glücklich zu verstehen, wie wichtig sie für ihre Kinder sind. Diese Eltern – meist junge Eltern junger Kinder – sind sehr häufig in einer sehr isolierten Situation; das ist hier mehrfach richtig gesagt worden und steht auch in den Tagungsunterlagen. Sie haben keine Erfahrung mit Kindern, sie haben wenig Kontakt zu anderen Menschen und sie sind selber schon in Wenig-Kind-Familien aufgewachsen und die lieben Großmütter können nicht mehr einspringen wie früher, weil sie selber berufstätig sind. Diese Eltern brauchen wirklich Hilfe, und zwar in dem Sinne, daß sie fähig werden, mit ihren Kindern umzugehen.

Sie kennen den Begriff vom „Baby-Schock“. Er kommt bei jungen Frauen vor, die sich ein Kind gewünscht haben, die sich auch freuen, daß ein Kind da ist. Das Kind ist jedoch völlig anders als sie es sich vorgestellt haben. Es ist eben nicht so niedlich wie in der Zeitschrift „Eltern“, ist nicht so sauber wie in „Schöner Wohnen“ und schreit und kotzt und kackt usw. und jetzt steht sie da und weiß nichts damit anzufangen. Hier sind Dinge so unglaublich wichtig, die bereits mehrfach gesagt worden sind.

1. Die Möglichkeit einer Vorbereitung: In Hamburg haben wir in jedem Jugendamt Elternschulen und in diesen Elternschulen wird nicht theoretisches Wissen vermittelt, sondern es wird vor allem praktischer Umgang mit Kindern vermittelt: spielen, wie gestalte ich einen Kindergeburtstag usw.
2. Ist es unbedingt notwendig, daß man Initiativen von Eltern unterstützt, die sich auf privater Ebene zusammenschließen und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch betreiben. Hier würde auch ich Eltern-Kind-Gruppen unglaublich das Wort reden, weil da der gegenseitige Austausch möglich ist und jeder vom anderen lernen kann.

Schließlich möchte ich aber aus meiner Erfahrung in der Praxis der Psychotherapie gestörter Kinder eines zu bedenken geben – das ist hier auch schon gesagt worden – ich warne vor der vollständigen Professionalisierung der Erziehung. Jeder professionelle Erzieher geht von einer theoretischen Basis aus, und wie schnell sich solch eine theoretische Basis als außerordentlich wackelig erweisen kann, haben wir in den letzten 10–15 Jahren sehr intensiv erfahren. Daher meine ich, daß Massenexperimente an jungen Kindern gefährlich sind. (Beifall und Proteste)

Zwischenfrage: Was sagen Sie zu den Massenexperimenten, denen man Kindern heutzutage aussetzt, indem man sie in die Familien zwingt?

Das sehe ich nicht so. Wir haben eine Situation, die zunächst mal so besteht, nämlich das Kinder Eltern haben. Das mag aus Ihrer Sicht ein Nachteil sein, für mich ist es das nicht. Und eh wir hier völlig umdenken und sagen: „Die Familie ist eine schlechte Situation“, möchte ich dagegen halten, daß es ein schlechtes und gefährliches Massenexperiment ist, wenn man das genau umkehren möchte. Die Erfahrungen, die wir mit gestörten Kindern gemacht haben, d.h. mit kleinen Kindern mit Eßstörungen, Schlafstörungen usw., zeigen deutlich, daß eine zu starke Organisation, wie sie einfach notwendig wird, wenn man eine Ersatzpflege für die Kinder sucht, die Kinder in diesem Alter unglaublich irritiert; diese brauchen gerade in den ersten Lebensjahren den Freiraum nicht organisiert zu sein, nicht zu bestimmten Tageszeiten an bestimmten Plätzen, in einer bestimmten Gruppe sein zu müssen usw. Insofern warne ich vor diesem Experiment und sage, die Unterstützung der Eltern durch entsprechende Einrichtungen, in denen sie selber sicher werden im Umgang mit ihren Kindern, finde ich wichtiger als die Überlegung, ob und wie die Mutter immer wieder darauf hinweisen soll, wie mies ihre Situation eigentlich ist. Sie braucht nicht so mies zu sein, wenn sie erleben kann, was es heißt, einem jungen Menschen auf den Weg zu helfen. Das finde ich viel wichtiger. (Beifall)

Ilse Diller-Murschall: Ich möchte noch einmal auf die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zurückkommen, die vorhin zitiert wurde. Ich muß sagen, daß ich es nachträglich bedauere, Mitautorin dieser Stellungnahme zu sein, da diese meine Auffassung hierzu nicht mit einschließt. Diese Stellungnahme ist – ebenfalls auf der Grundlage einer Fachtagung im November 1979 – in einem demokratischen Prozeß zustande gekommen, wobei eben die Mehrheitsverhältnisse ausschlaggebend sind und Minderheitsmeinungen nicht zum Ausdruck kommen. Ich fände es gut, wenn wir in der weiteren Diskussion heute abend und bezüglich der Situation hier in Bremen von dieser Form der Entscheidungsfindung wegkommen würden. Das würde für mich bedeuten, daß nicht nur das eine Realisierungschancen bekommt, was aufgrund der Mehrheiten durchsetzungsfähig ist oder nur dann, wenn es sich um Notfälle handelt. Wir sollten vielmehr so, wie wir auch begonnen haben, das breite Spektrum von Möglichkeiten hierzu berücksichtigen und damit zu breit angelegten, vielfältigen Entscheidungen in Bremen beitragen.

Kuno Beller: Ich möchte hier noch einige Aspekte ansprechen, die im Verlauf der letzten zwei Tage häufig zur Diskussion standen.

Ich frage mich zum Beispiel, was die Kriterien für sozialpolitische Entscheidungen sind. Wenn ich hier Leute höre, die sagen „ich bin absolut dagegen oder dafür“, dann kann man sicher sein, daß eine rationale und wissenschaftliche Basis für eine solch undifferenzierte Position nicht existiert. Wenn jemand nach den letzten zwei Tagen immer noch sagen kann „Was immer Sie hier sagen mögen, wir werden das und das nicht tun!“, dann frage ich mich, wozu die ganze Fachtagung überhaupt da war? (Beifall)

Wenn ich gestern gehört habe – und ich mußte mich die Nacht über von dem Schock erholen – „Es gibt eigentlich kein Wissen über Kinder von 0–3 Jahren; es gibt kein methodisches Instrumentarium für die Untersuchung der Lebensbedingungen dieser Kinder“, da fühle ich mich plötzlich in den Urwald versetzt. Es gibt x Bände Literatur darüber. Aber wenn zwanzig Jahre der Forschung über gesunde Kinder und normale Entwicklung nicht zur Kenntnis genommen werden, wir statt dessen immer wieder von Krankheitsbildern und Deprivation hören, dann ist es schwierig, sozialpolitische Entscheidungen zu treffen. Denn sozialpolitische Entscheidungen, die von Krankheitsbildern und der Angst von Kindern ausgehen, können für die Kinder nicht hilfreich sein.

Ich möchte jetzt an die Kinderärzte, die Psychoanalytiker, an die Psychiater usw. die Frage richten: wie viele Kinder aus Krippen oder von Tagespflegestellen sind mit Deprivationserscheinungen zu Ihnen in die Praxis gekommen im Vergleich zu den schönen, grausamen Bildern aus Familien mit solchen Deprivationserscheinungen, wie Sie von Ihnen beschrieben wurden und wo Sie Bowlby und andere durchaus richtig zitiert haben?

Wie gesagt, es ist in den letzten zwanzig Jahren viel Forschung geleistet worden. Wir haben in Berlin ein Forschungsprojekt durchgeführt mit einem Modellversuch von Arbeit in Krippen, in denen wir pädagogisch gearbeitet haben. Wir haben in diesem Modellversuch herausgefunden, daß die Kinder in Tagespflegestellen und Krippen normal funktioniert haben, sich nicht unterschieden haben in ihrer Intelligenz und ihren Kompetenzen von Kindern, die nicht in Krippen oder Tagespflegestellen waren. Wir haben festgestellt, daß sich Kinder, bei denen wir mit einem pädagogischen Modell interveniert haben, beinahe zweimal so schnell entwickelt haben, als die, die in den ersten zwei Lebensjahren nicht an diesem Modell beteiligt waren.

Ich glaube, daß die sozialpolitische Diskussion von normalen Kindern ausgehen sollte und nicht von kranken Kindern. (Beifall)

Kurt Nitsch: Meine Damen und Herren, ich bin offensichtlich der letzte in dieser Runde. Lassen Sie mich davon ausgehen, daß wir alle der Überzeugung sind, daß außerfamiliale Pflege-, Förderungs- und Betreuungsmöglichkeiten nötig sind. Lassen Sie uns in zweiter Linie Herrn Beller etwas Wasser in den Wein geben: es waren mehrere, gerade aus den sozialpädagogischen Berufen, die meinten, daß es ein Forschungsdefizit in bezug auf die Entwicklung der Kinder gäbe. Wir, die wir aus der Naturwissenschaft kommen, empfinden dieses Forschungsdefizit gar nicht so. Wir haben aber Sorge darum, daß interdisziplinär die Kenntnisnahme dieser Forschungen gar nicht genügend funktioniert. Ich hatte als Beispiel genannt, daß die ersten drei Lebensmonate eine Sonderstellung einnehmen. Ich hatte als weiteres Beispiel genannt, daß nach dem sechsten bis achten Lebensmonat eine physiologische Phase des Fremdels kommt, in der die Betreuungsänderung eventuell sehr tiefgreifende Auswirkungen haben kann, vielleicht nicht haben muß. Ich habe bedauert, daß wir in der Bundesrepublik in einem geradezu kläglichen Zustand der pädologischen, der kinderkundlichen Forschung befinden. Wir sprechen zu wenig miteinander und ich finde, das positivste dieser Tagung ist, daß wir hier miteinander gesprochen haben und viel voneinander gehört haben. Der Gedankenaustausch zwischen den Fächern könnte in der Tat den bestehenden Mißverständnissen zwischen den Fächern in dieser und jener Weise abhelfen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf etwas hinweisen, was vielleicht abwegig erscheint, aber trotzdem wichtig ist, was ich selbst vor Jahren einmal ohne jeden Erfolg erhoben habe.

Die sozialdemokratische Regierung in Norwegen hat – wohl weil die Ministerpräsidentin eine Kinderärztin ist – seit einigen Tagen einen Ombudsman mit einer Gruppe zur Beratung der Institutionen in Kinderfragen gegründet. Ich glaube, daß sozialpolitische Forderungen viel zu viel von Sozialpolitikern alleine behandelt und abgehakt werden, ohne das wirkliche Kinderkunde eingebracht wird. Ich bin sicher, daß Sie große kinderkundliche Kenntnisse haben. Ich bin sicher, ich habe sie auch. Wir zusammen hätten bestimmt mehr als das Doppelte und würden uns wahrscheinlich hervorragend ergänzen. Das ist mein Votum in dieser Richtung: mehr Absprache!

Wenn wir überzeugt sind, daß außerfamiliale Betreuung nötig ist, so haben wir noch lange nicht die Aussage gemacht, daß das immer von Vorteil sein muß. Sie wissen, wie schwierig manches ist; was auf der einen Seite hervorragend klappt, kann auf der anderen Seite gar nicht passen. Wir müssen also den Versuch machen, das Beste daraus zu machen. Dazu gehört nun das öffentliche Bewußtsein zu fördern in bezug auf das stärkere Engagement, die stärkere Einbeziehung der Väter; ein Stichwort, das ich gestern offensichtlich ohne jeden Erfolg gebracht habe. Dafür zu sorgen, daß es nicht nur ein Mutter–Kind–Verhältnis, sondern ein Eltern–Kind–Verhältnis wird. (Beifall) Das scheint mir genauso wichtig und daran fehlt es. Das haben alle Vorredner gesagt. Doch wo sind die Ansätze, die politische und wissenschaftliche Unterstützung als Fundament dafür, daß es geschieht.

Wenn wir also überzeugt sind, wir brauchen die außerfamiliale Pflege, dann haben wir damit noch lange nicht gesagt, daß die Familie in einer Situation ist, die nicht verbesserungsfähig ist. Da bin ich sicher, daß in der Kombination die Chancen liegen und daß wir individuell entscheiden müssen. Ich persönlich sehe in der Förderung der Familie nicht nur, aber auch, materielle Dinge. Ich sehe darüber hinaus auch einen ganz beträchtlichen Informationsmißstand.

Ich habe neulich wieder einmal, in fünfzehn Jahren das dritte Mal eine Untersuchung gemacht, was Eltern fünfjähriger gesunder Kinder über das Bettnässen von Kindern denken. Die Fragestellung war: „Was würden Sie tun, wenn Ihr Kind Bettnässer wäre?“ Nach wie vor kreuzen über 50% an: „Eine anständige Tracht Prügel könnte nicht schaden“.

Welch trostloser Zustand! Ich könnte jetzt eine ganze Menge solcher Beispiele nennen. Da müssen wir etwas tun, da müssen wir z.B. in der Schule etwas tun. Das ist eine der wichtigsten Möglichkeiten, eine der wichtigsten Lebenschancen für Kinder, sie in einem bestimmten Entwicklungsgang zu fördern. Ich glaube, daß wir auch an die Öffentlichkeit außerhalb des Staates eine Menge Forderungen stellen können, die jetzt zu weit führen würden: nachbarschaftsmäßig, elternmäßig usw. Ich sträube mich gegen die einseitige Bevorzugung des einen oder des anderen Weges. Genauso wie ich dagegen bin, immer nur von der Familie zu sprechen, bin ich auch dagegen, immer nur von der außerfamilialen Erziehung zu sprechen. Ich glaube, daß wir beide Seiten erheblich fordern müssen, wenn wir das Beste daraus machen wollen. Das können die Sozialpolitiker nur, wenn wir sie in allen Einzelheiten beraten; an diesen Beratungsmöglichkeiten aber fehlt es in der Bundesrepublik fast ganz. (Beifall)

Michael Schablow: Ich möchte an diesem Punkt gleich anknüpfen. Ich möchte Herrn Henschel bitten, diesen Aspekt aufzugreifen, d.h. die Erwartung und Erkenntnis in bezug auf diese Fachtagung, in bezug auf eine solche Beratung der Politiker, in bezug auf die Sortierung von Argumenten, Überlegungen, Erfahrungsberichten, Praxisauswertungen. Das sollte im Rahmen dieser Fachtagung geleistet werden. In diese Richtung gehen bestimmte Erwartungen, und meiner Ansicht nach hat es da bereits erste Ergebnisse, erste Erkenntnisse gegeben. Wer genau zugehört hat, hat sie heraushören können.

Wolfgang Henschel: Meine Damen und Herren, ich habe diese Fachtagung vorgeschlagen und wenn ich heute hier zu einem Ergebnis kommen soll und kann, dann zu dem, daß diese Fachtagung allen Beteiligten in der Vorbereitung und in der Durchführung doch zu wesentlichen Erkenntnissen und Einsichten verholfen hat. Damit ist eine Diskussion in Gang gesetzt worden, die meines Erachtens bei so schwerwiegenden Entscheidungen, die zu treffen sind, auch weiter vorangehen sollte.

Allerdings bemerke ich auch — und davon bin ich selbst nicht frei —, daß wir irgendwo ein etwas selektives Wahrnehmungsvermögen haben, d.h. auch wenn wir eindeutige Untersuchungs—ergebnisse präsentiert bekommen, hören wir das heraus, was wir erwarten. Man kann so eine ziemlich eindeutige Argumentationskette bilden, wie dies von einigen auch getan worden ist. Da ist z.B. die Erkenntnis, daß die neuere Sozialisationsforschung frühere Deprivationstheorien entkräftet hat und die Ergebnisse wie die angewandten Erkenntnisse aus der Krippenerziehung darauf hinweisen, daß aus der Tagesbetreuung keine Benachteiligung für die Kinder erwachsen müssen. Zugleich wird aber auch gesagt, unter welchen Bedingungen dies geschieht. Doch das will man dann nicht mithören. Bestimmte Bedingungen müssen bei der Krippenerziehung eben gegeben sein, um die Kinder in ihrer Entwicklung nicht zu gefährden. Ich will und kann hier nicht im einzelnen auf diese Bedingungen eingehen.

Weiter schien es zunächst so, als sei Bremen weit hinter der Entwicklung zurück und ein Entwicklungsland in Sachen Tagesbetreuung für Kleinkinder. Ich meine, daß mit dem In—Gang—Setzen dieser Diskussion zumindest der erste Schritt vollzogen ist und daß weitere Schritte vollzogen werden müssen.

So ist schon gesagt worden, daß hier sicher nicht die Erwartung geäußert und auch nicht erfüllbar sein wird, ein flächendeckendes Angebot an Krippenplätzen zu machen. Ich bin aber der Meinung, daß ein vielfältiges Angebot ... (Unruhe im Publikum)

Zwischenruf: Ein flächendeckendes Angebot wurde nie gefordert!

Zwischenbemerkung von Sabine Uhl: Ich möchte gern eine Sache einschieben. Sie stöhnen im Plenum immer so furchtbar auf, wenn von uns irgend etwas in bezug auf ein flächendeckendes Angebot an Krippenplätzen gesagt wird. Es ist nur so, daß auch mir gestern auf dem Heimweg von der Tagung der Verdacht gekommen ist, als wenn dies die eigentliche Forderung wäre. Sie können das zum Teil bestreiten, aber in diese Richtung wurde gestern vehement diskutiert, als es um Krippenerziehung ging. Nachdem mehrfach betont wurde, daß dies nicht der Fall ist, möchte ich Sie bitten, daß wir uns verständigen: es geht nicht um ein flächendeckendes Angebot. Auch wir haben das allmählich begriffen.

Aus den Erkenntnissen der soziologischen Forschung wird schnell folgender Schluß gezogen: in der Kleinfamilie von heute fehlen die Anregungen, also muß ich zum Ausgleich eine öffentliche Erziehung anbieten. Sicherlich soll dies kein Ersatz für Familie sein, sondern es gibt familien—ergänzende Angebote, die diesem Ziel gerecht werden und auch besser entsprechen können. Ich glaube, daß wir hier in Bremen unser Verantwortungsbewußtsein bei der vorschulischen Erziehung bewiesen haben. Wir haben keine Gruppen mit 35 Kindern gebildet, sondern haben die Gruppenstärke bei 20 Kindern und im Kleinkinderbereich bei 12 Kindern festgelegt und darüber hinaus die Vorbereitungszeit für die Erzieherinnen und Betreuer eingeführt. Wir waren uns bewußt, daß überforderte Erzieher den Kindern nicht das geben können, was ihnen zukommen soll. Insofern meine ich, daß man die Situation in Bremen im Gesamtzusammenhang sehen muß und da kann man Bremen mit Berlin, anderen Großstädten und dem Bundesgebiet vergleichen. Dort ist diese Diskussion zum Teil noch nicht im Gange.

Ich glaube, wir stellen uns auch hier wieder an den Anfang und werden verantwortungsbewußt die weitere Entwicklung verfolgen. Nun wird es sicher darum gehen, welche Möglichkeiten sich bieten. Die Deputation für Jugendhilfe wird sich in der nächsten Zeit mit diesen Fragen beschäftigen. Ich glaube, Sie sollten die Politiker auch nicht überfordern. Wenn wir mit einer Fachtagung anfangen uns über die fachlichen Voraussetzungen zu informieren, können sie innerhalb der Fachtagung noch keine Aussagen darüber machen, welche Schlußfolgerungen sie zu ziehen gedenken.

Ich bin Herrn Prof. Nitsch dankbar für seine Aussage, daß die Forschungsergebnisse so eindeutig nicht sind und daß noch viele Fragen offen bleiben, z.B. wie lange soll eine Betreuung in einer Krippe dauern. Ich habe im Tagesheimbereich die Erfahrung gemacht, daß Kinder, die einen ganzen Tag, eine ganze Woche lang in der Gruppe verbleiben, Beeinträchtigungen anders empfinden, als wir sie bis heute beurteilen. (Beifall)

Hans Schindler: Ich freue mich darüber, was Herr Henschel eben gesagt hat, daß die Fachtagung bei ihm zu einem Umdenken in gewissen Punkten geführt hat. Auch die Ausführungen von Herrn Scherf haben belegt, daß das auch bei ihm so ist. Insofern ist es schade, daß die Vertreter der Deputation der CDU nicht an der Fachtagung teilgenommen haben, außer dem Vertreter, der da vorne sitzt. Vielleicht hätte auch bei ihm die Teilnahme an der Fachtagung zu einigen Umdenkungsprozessen geführt.

Ich wollte aber inhaltlich das Problem noch etwas verrücken, weil vorhin in dem Bericht, wie er von Herrn Scherf aufgegriffen wurde, meiner Ansicht nach die Sache etwas vereinselt worden ist. Wir kommen sehr leicht, wenn wir dieses Problem nur über die Emanzipation der Frau und der Situation der Frau angehen, zur Vernachlässigung der Frage: was ist denn nun mit dem Kind wirklich los? Und kommen dann schnell zur Deprivationsforschung. So stimmt es nicht für die Kinderkrippe oder sonstige Formen der Tagesbetreuung. Wenn wir das Problem so angehen, so ist dies nur halbherzig, wir bleiben dann letztendlich dabei stehen, daß es sich nur um Notlösungen handelt.

Ich glaube, daß wir in den wissenschaftlichen Untersuchungen schon weit sind. Es ist leider gestern abend eine Argumentation falsch verstanden und falsch aufgegriffen worden, u.a. als Frau Prof. Krüger—Müller gesagt hat, daß die Sozialisationsstheorien so nicht mehr stimmen, und wir für die heutige Situation so nichts mehr damit anfangen können. Daraus ist gemacht worden, daß wir mit allen wissenschaftlichen Erkenntnissen nichts mehr anfangen können. Das ist meiner Ansicht nach verkehrt. Es gibt sehr viele wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung der Kinder unter 3 Jahren, aber es gibt eben nur relativ wenige sinnvolle Ansätze für eine systematische Sozialisationsstheorie in diesem Entwicklungsabschnitt. Das sind zwei verschiedene Sachen und Herr Prof. Beller hat darauf vorhin schon eindrücklich hingewiesen.

Die Frage also, ob Betreuung in der Kinderkrippe unter den Bedingungen von mehreren Bezugspersonen wirklich nur ein Notbehelf ist, kann man heute klar beantworten. Bei der großen Untersuchung über die Tagesmütter ging es um die Frage: Betreuung durch mehrere Bezugspersonen: Unterbrechung einer sozialen Kontinuität oder nicht? Die Untersuchung hat eindeutig belegt, daß die kontinuierliche Betreuung durch mehrere Bezugspersonen zur Erhöhung der sozialen Kompetenz geführt hat. Also ist das Märchen, daß ausschließlich eine Person da sein muß, wissenschaftlich ad acta gelegt. Wichtig ist die Kontinuität, das ist klar: nicht jeden Tag eine andere Betreuerin in der Kindergruppe oder —krippe. Insofern ist bewiesen, daß mehrere kontinuierlich anwesende Bezugspersonen auf keinen Fall schädlich, sondern im Gegenteil sinnvoll sind. Eine weitere Frage ist, wie weit sich soziale Gruppen auswirken. Ich beobachte dies jetzt schon mehrere Jahre. Es ist ein sehr großer Unterschied, ob Kinder nur mal so zusammenkommen, einmal wöchentlich in einem Spielkreis oder im Sandkasten oder ob Kinder in einer Kindergruppe regelmäßig intensive und langfristige soziale Kontakte entwickeln. Diese sozialen Kontakte in einer Kindergruppe, —krippe mit einer überschaubaren Gruppe von Kindern (zu der Zahl kann man später noch was sagen) tragen ganz wesentlich zur Entwicklung der sozialen Bindungsfähigkeit dieser Kinder und zur Entwicklung von emotionalen Kontakten bei und sind nicht eine Ursache dafür, daß diese Kinder bindungslos und orientierungslos werden.

Das sind meiner Ansicht nach zwei ganz wesentliche Erkenntnisse der Untersuchung oder der Erforschung der Kinder von 0—3 Jahren. Diese sind meiner Ansicht nach so schlagend, daß wir damit keinesfalls begründen können, daß Kinderkrippen per se Notlösungen sind. Sie sind dann Notlösungen, wenn bestimmte Bedingungen nicht gegeben sind. Wenn wir Krippen haben, dann müssen wir gute Krippen haben, wie auch Herr Henschel gesagt hat. Dazu zählen natürlich bestimmte Voraussetzungen; da wird man noch einiges erforschen müssen. Da gibt es bestimmte Gruppengrößen, Qualifikationen, Formen der Integration von familiärer Erziehung und Betreuung in der Kinderkrippe, d.h. eine bestimmte Form der Elternarbeit und der Zusammenarbeit zwischen Erziehern und Betreuungspersonen. Es ist klar, daß das nicht zum Nachteil des Kindes geraten kann, sondern im Gegenteil für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder eher förderlich ist, als bestimmte Situationen in der Familie. (Beifall)

Deshalb ist das Wichtigste — der flächendeckende Begriff ist nie gefallen —, daß diese Frage politisch erst einmal so entschieden wird, daß unter den gegebenen Bedingungen Krippenerziehung keine Notlösung ist. Dann können wir weiter über die Frage der finanziellen Realisierung diskutieren. Das ist dann eine andere Frage, weil wir uns auf einer anderen Diskussions—

ebene befinden. Wenn wir uns dies aber erst einmal eingestanden haben, sind wir schon ein ganzes Stück weiter und können dann auch versuchen, uns gemeinsam über die Fragen der Haushaltsmittel und die Verteilung der Haushaltsmittel zu unterhalten. Aber diskutieren wir nicht mehr konträr: Notlösungen oder sinnvolle Einrichtungen. Dankeschön.

Ulf Traugott Kruse: Ich habe da noch einmal eine Nachfrage. Sie haben eben sehr vehement ausgeführt, daß die Krippe keine Notlösung sein sollte. Nun habe ich eine Verständnis-schwierigkeit. Wenn das keine Notlösung ist und wenn es wichtig ist für die Entwicklung des Kindes, dann muß ich doch daraus folgern, daß Sie dann eine flächendeckende Ein-richtung fordern, denn sonst wäre es doch eine Notlösung.

Hans Schindler: Wir sind uns doch einig darüber, daß in Klassen mit 10 und 12 Schülern viel besser gelernt würde, als in den Schulklassen, so wie wir sie heute haben. Insofern sage ich doch auch nicht dauernd: unsere Schule ist eine Notlösung.

Hanna Permien: Ich wollte mich rückversichern, daß ich mich vorhin klar ausgedrückt habe. Wir haben auf der Tagung nicht den Gegensatz aufgebaut: familienunterstützende, d.h. Familienbildung, Spielkreise usw. gegen familienergänzende Maßnahmen. Beides ist notwendig. Man kann sagen, daß man eine gute Familie braucht; man kann ebenso sagen, daß man eine gute Krippe braucht. Das muß noch einmal ganz klar gesagt werden. Ich kenne das schon sehr lange, daß die Ergebnisse, die wir im Tagesmüttermodell gemacht haben, immer wieder angezweifelt werden. Da wird gesagt: „So ganz gesichert ist das ja noch nicht, und wer weiß was in 10 Jahren ist“. Ich möchte mal folgendes dagegen halten: Wenn bekannt ist, daß im bundesrepublikanischen Durchschnitt nur ca. 54% der Kinder überhaupt in gesicherten Betreuungsverhältnissen sind, dann kann man doch wohl sicher sein, daß die anderen Kinder, von denen man gar nicht so recht weiß, wie die eigentlich betreut sind, auf jeden Fall schlechtere Sozialisationsbedingungen haben. Es kann auch nicht darum gehen zu sagen: wir brauchen nur Krippen oder nur Tagespflege oder nur Mutter-Kind-Gruppen. Ich möchte zitieren, was wir in den zusammenfassenden Folgerungen zum Tagesmüttermodell geschrieben haben: „Die Zufriedenheit der Mutter mit ihrer Rolle als Frau und als nichtberufstätige bzw. berufstätige Mutter ist ein wichtiger Faktor für die günstige Entwicklung in der Mutter-Kind-Beziehung und der kindlichen Persönlichkeit. Entsprechend den unterschiedlichen Lebenssituationen, Persönlichkeitsstrukturen und Bedürfnissen von Mütter (ich würde hier gerne die Väter einschließen, wenn sie sich mehr an der Erziehung der Kinder beteiligen würden) sollte ein differenziertes Angebot an öffentlicher Unterstützung geschaffen werden.“ (Beifall)

Jürgen Reyer: Herr Senator Dr. Scherf. Sie wissen, daß ich aus Dortmund komme. Nun habe ich Sie eben bei Ihren Ausführungen und auch Herrn Henschel so verstanden, daß Sie eine ergänzende Betreuung nicht nur für nötig halten, sondern diese auch positiv möglich ist. Es ist mir vollkommen klar, daß Sie nicht sofort sagen können: in diesem oder jenem Zeitraum wird das und das in Bremen umgesetzt werden. Aber Sie werden verstehen, daß ich nach meiner Rückkehr in Dortmund, z.B. von Kollegen an der Universität, gefragt werde: Was machen denn nun die Bremer mit ihren kleinen Kindern? Darauf möchte ich ihnen natürlich gerne etwas antworten. Ich habe Sie so verstanden, daß Sie als nächste Möglichkeit ins Auge fassen, die Altersgruppe, über die wir in dieser Tagung gesprochen haben, in Form von altersgemischten Gruppen in die Kindertagesstätten zu integrieren. Kann ich das in Dortmund berichten? (Beifall)

Katarina Hanstein: Ich finde das eine sehr gute Frage von Herrn Reyer, weil sie sich auf den ersten konkreten Hinweis bezieht, der von seiten der verantwortlichen Politiker gekommen ist, daß nun etwas getan werden soll.

Für mich als junge Mutter ist es bemerkenswert, daß es immer wieder Leute gibt, die uns Müttern oder Vätern sagen, was unsere Interessen oder die unserer Kinder sind. Dazu möchte ich sagen, daß wir das selbst ganz gut wissen und wir dies auch in die Diskussion einbringen. Herr Nitsch hat in seinen Thesen auf die Frage: „Was brauchen Kinder?“ u.a. ausgeführt: Zeit, Zärtlichkeit und Zuwendung. Ich möchte ergänzen: qualifizierte Betreuer und die Zufriedenheit der Bezugspersonen! Hier zeigt sich deutlich, wie sehr die Bedürfnisse der Kinder mit den Interessen der Eltern zusammenhängen. Mütter, die mit ihrer Situation unzufrieden sind, egal ob als Hausfrau oder als berufstätige Mutter, haben außerordentlich große Schwierigkeiten, mit dem Kind klarzukommen. Ich kenne das aus meiner eigenen Erfahrung. Anfangs kam ich mit dem 8-Stunden-Tag absolut nicht hin, da das alles noch nicht so richtig lief. Grundsätzlich aber kann eine zufriedene berufstätige Frau eine ebenso gute Mutter sein, wie eine zufriedene Hausfrau. Ich sehe eigentlich nicht ein, wie die, die angeblich im Interesse des Kindes reden, es wagen, uns das Recht auf die Berufstätigkeit abzusprechen. Dazu hat kein Mensch das Recht! (Beifall)

Wenn gegen die familienergänzende Erziehung eingewendet wird, daß es damit so oft schief geht, muß man doch sehen, daß dies zum einen ganz wesentlich an den äußeren Bedingungen liegt und zum anderen daran, daß man uns ständig einredet, wir wären Rabenmütter. Das Kind spürt, daß wir ein schlechtes Gewissen mit uns herumtragen und die Eltern nicht uneingeschränkt dazu stehen können, weil sie permanent verunsichert werden. Wenn die Eltern nicht einen guten festen Zusammenhalt haben — wie das z.B. aus der Krabbelstube berichtet wurde —, steht man als junge Mutter da und fragt sich jeden Tag, mache ich das nun richtig oder mache ich es falsch? Unter solchen Bedingungen können Kinder nicht gut erzogen werden! Ich möchte auch mal darauf hinweisen, daß es uns berufstätigen Müttern schwer fällt, unsere Kinder wegzugeben. Ich jedenfalls habe an meinem ersten Arbeitstag heulend am Schreibtisch gesessen und mein Sohn war quietschvergnügt und gut versorgt. Ich möchte damit sagen, daß das Problem des Weggebens oft vor allem das Problem der Mütter — mehr als der Väter — und nicht das der Kinder ist.

Den Berichten aus der Krabbelstube habe ich entnommen, wie fröhlich die Kinder in solchen Eltern-Kind-Gruppen sind und wie gut sie sich dort entwickeln, ohne daß die Schwierigkeiten verschwiegen wurden. Ich verstehe nicht, wie sich Politiker und manche Wissenschaftler anmaßen können, diese Berichte einfach zu ignorieren.

Ich finde es absurd, daß wir weiter diskutieren, ob die Alternative Hausfrau oder Berufstätigkeit für uns lautet oder ob Kinder in der Familie oder in Tagesbetreuung erzogen werden. Meiner Meinung nach sind zwei Fragen zu stellen: 1. Was ist pädagogisch sinnvoll? und 2. Was ist finanziell machbar? Wir müßten uns also auf das pädagogisch Sinnvolle einigen und dann überlegen, welche Abstriche wir davon zulassen können und wie das ganze zu finanzieren ist. Daß ich dabei eine andere Vorstellung über die Verteilung der Finanzen habe ist klar.

Nicht klar ist mir dagegen der konkrete Vorschlag von Herrn Scherf. Wir haben heute vormittag von den Erfahrungen mit altersgemischten Gruppen in Nordrhein-Westfalen gehört und ich fand das sehr interessant. Das Zentrale daran aber war für mich, unter welchen Bedingungen dieser Versuch stattfindet. Es geht eben nicht nur darum, Kinder verschiedenen Alters zusammenzupacken, sondern dort hatten sie drei Bezugspersonen und ausreichend Räume für 15 Kinder. Ich glaube nicht, daß solche notwendig guten Bedingungen der Altersmischung eine Zielperspektive sind, die in Bremen irgendwo realisierbar erscheint! Vielleicht sollte Herr Scherf seinen Vorschlag in dieser Hinsicht konkretisieren.

Henning Scherf: Als erstes möchte ich Herrn Dr. Reyer von der Universität Dortmund etwas mit auf seinen Weg geben: Ich möchte nichts von dem vorweg nehmen, was morgen eventuell noch passiert. Außerdem müssen wir uns ja hinterher untereinander noch gründlich damit befassen. Aber erste Ergebnisse aus meiner Sicht sind:

Daß wir eine jedenfalls seit Kriegsende strikt durchgehaltene Politik, kein relevantes Angebot für 0-3jährige Kinder öffentlich zu fördern, aufgebrochen haben. Es gibt nach dieser Diskussion — alle Positionen eingeschlossen — eine ganze Reihe von Anlässen, bei denen man nicht mehr einfach sagen kann: bei uns findet das nicht statt.

Auch wenn ich Herrn Schindler vorhin anders verstanden habe, besteht offenbar unter allen Übereinstimmung, daß die Forderung, ein alle 0-3jährige Kinder erreichendes Angebot schaffen zu können, zu wollen, zu sollen, absurd ist. Die Frage ist also, wie man sich auf das konzentriert, was wirklich wichtig ist. Ich möchte da eine Kollegin zitieren, die gesagt hat: „Ich komme aus einem Arbeitsbereich, in dem ich es mit den Katastrophen zu tun habe. Ich arbeite nämlich im regionalen Sozialdienst. Wenn ich Euch hier über Familie und Berufsbewältigungsprobleme reden höre, dann denke ich immer, wissen die eigentlich, was wirklich los ist?“ In diesem Sinne meine ich, daß wir das, was wir an Förderungsangeboten überhaupt organisieren können, darauf konzentrieren müssen, was wir gegenwärtig in unserem Sozialhilfeapparat — untechnisch gemeint — an Katastrophen täglich erleben und wo die vor der Front tätigen Mitarbeiter ständig mit Unzulänglichkeiten und unzureichenden Angeboten konfrontiert werden.

Man kann also nicht alles so nebeneinander entwickeln mit dem Anspruch, da emanzipiert sich wieder etwas, sondern wir müssen — knappe Mittel nicht außer acht lassend — sehen, was wir unübersehbar vor der Tür haben. Ob Herr Schindler dies Notlösung nennt oder nicht, ist mir völlig egal. Ich meine, die Wichtigkeit, Dringlichkeit und Notwendigkeit, da überhaupt handlungsfähig zu sein, kann man nicht wegdiskutieren. Da kann man auch nicht Herrn Prof. Nitsch herholen und sagen: Hilf mir mal, eine medizinische Begründung dafür zu liefern, daß ich da nichts tue. Das will er übrigens gar nicht und würde sicherlich mit uns allen sagen: Freunde, hier muß dringend etwas geschehen, weil sonst eine Katastrophe passiert.

Wie könnte das nun stattfinden?

Das könnte natürlich nicht — das weiß auch Katharina Hanstein genau — dadurch gehen, daß wir unsere Kindertagesstätten öffnen und sagen: Ab sofort finden auch die 0-3-jährigen Kinder hier Eingang. Sondern wir müßten uns unter dem eben aufgeführten Gesichtspunkt der Zusammenfassung von Fürsorge und Förderung auf die Brennpunkte konzentrieren und müßten in diesen Brennpunkten ein differenziertes, kein einseitig strukturiertes Angebot machen. Ich denke, daß das sehr klug ist, was heute morgen aus Nordrhein-Westfalen und auch von vielen anderen gesagt wurde: nämlich, daß die vorhandenen Einrichtungen, die ja auch ihre Probleme haben, da, wo es geht, versuchen sollten, ihre Arbeit um diesen Bereich der 0-3jährigen Kinder zu erweitern. Da wird es Ansätze geben müssen. Natürlich kann ich hier kein Massenangebot ankündigen; aber wir können uns ja nicht auf diese Diskussion einlassen und am Schluß findet nichts statt.

Ich denke auch, daß diejenigen Eltern-Kind-Gruppen, die sich darauf konzentrieren und z.B. solche Katastrophen aufzufangen versuchen, natürlich nicht allein gelassen werden dürfen. Natürlich muß es, wenn man eine öffentlich geförderte Jugendhilfe hat, dafür Finanzierungsmodelle geben.

Genauso muß das hier entwickelte und seit langem praktizierte Tagespflegekonzept überdacht und ausgebaut werden. Soweit ich es begriffen habe, ist es gegenwärtig mit Sicherheit nicht das Gelbe vom Ei, aber es hat doch auch eine Funktion. Ich kenne ein paar Leute, die das machen und ich wüßte gar nicht, was passieren würde, wenn die das nicht mehr machen würden.

Schließlich muß alles, was wir sonst an familienergänzenden Programmen angefangen haben, und zwar eher naturwüchsig und nicht tendenziell auf eine integrierte Organisation von sozialer Arbeit konzentriert, aufeinander abgestimmt, entwickelt und zusätzlich offensiv eingebracht werden. Wir bemühen uns zur Zeit in Bremen, die Enge der Haushalte, die zunächst mit pauschalen Kürzungen gelöst werden sollte, so zu beantworten, daß wir uns überlegen, welche Aufgaben ganz sein gelassen werden können und welche Aufgaben gekürzt und schließlich welche ohne Kürzungen, aber kompetenter organisiert werden müssen.

Ich denke, man muß sich so einer finanziellen Eingrenzung und defensiv machenden Politik offensiv gegenüber verhalten und sagen: Bitte sehr, wir entwickeln hier integrierte Konzepte, die als Aufgabenkritik eurer Kritik standhalten und offensiv verteidigt werden. Dies war der Versuch, Ihre Frage zu beantworten, Herr Reyer, und vielleicht gelingt es uns hier, und Sie tun in Nordrhein-Westfalen das Ihrige dazu, daß es auch dort weiter geht.

Jürgen Reyer: Ich habe Sie also so verstanden, daß ich in Dortmund berichten darf, daß es nun an den Bremer Betroffenen ist, Ihnen in nächster Zeit quantifizierte Aussagen zu überreichen.

Ilse Diller-Murschall: Mit einem Blick auf die Uhr würde ich vorschlagen, daß wir jetzt die Rednerliste, auf der ungefähr noch 10 Wortmeldungen stehen, schließen.

Eine Teilnehmerin: Ich wollte noch einmal auf den frauenpolitischen Aspekt zurückkommen. Der Grund, weshalb es in Bremen keine vergleichbaren Zahlen oder bislang keine differenzierten Aussagen zum Problem der Tagesbetreuung von Kleinstkindern gibt, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es bisher in Bremen einfach kein relevantes Angebot in diesem Bereich gab. Insofern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Prozentzahl der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 3 Jahren in Bremen erheblich unter dem übrigen Bundesgebiet liegt und daß dies auf eine fatale Wechselwirkung verweist: die Tatsache, daß es hier kein vernünftiges Angebot an außerfamiliärer Betreuung gibt, führt dazu, daß die Chancen der Frauen am Arbeitsmarkt in Bremen noch schlechter sind als anderswo. (Beifall)

Ohne daß ich wiederholen möchte, was ein Teil meiner Vorredner schon gesagt haben, möchte ich noch einen Satz zu Herrn Scherfs Ausführungen sagen. Ich meine, daß es nicht immer erst zu Katastrophen kommen muß, bevor man am einen oder anderen Ende irgend etwas zu tun bereit ist. Ich glaube vielmehr, daß es Politikern darum gehen muß, diese Katastrophen, wenn sie, wie das an vielen Punkten der Fall ist, absehbar sind, zu verhindern.

Schließlich noch eine Bemerkung zu Herrn Ehlers. Ich finde es unredlich, hier in diesem Zusammenhang solche Dinge wie Familienlastenausgleich zu nennen. Ich bezweifle, ob das hier in diesen Rahmen gehört, denn der Familienlastenausgleich kommt in verstärktem Maße ohnehin vor allem Familien mit hohem Einkommen zugute, das sich dann steuerlich entsprechend reduziert. Wenn es um die Bedürfnisse der Kinder unter 3 Jahren und die Frage der außerfamiliären Betreuung geht, darf dies meines Erachtens hier keine Forderung sein, denn eine Veränderung des Familienlastenausgleichs bringt z.B. alleinstehenden Müttern, die von der Sozialhilfe leben müssen, überhaupt nichts! (Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß gerade Familien mit höheren und höchsten Einkommen Probleme der Kinderbetreuung bisher immer noch sehr leicht lösen konnten, indem sie z.B. eine Kinderpflegerin in der Familie zum Teil zu einem untertariflichen Gehalt — beispielsweise nur während des Anerkennungsjahres — beschäftigten.

Eine erwerbstätige Mutter: Ich habe die Tagung selbst nicht miterlebt und finde es deshalb problematisch, wenn häufig auf die Diskussionen und Ergebnisse innerhalb der Tagung verwiesen wird. Die wiederholt angesprochenen Schwierigkeiten, die Mutterrolle mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren, kann ich aus eigener Erfahrung nur bestätigen. Was mich stört, ist, daß auch im Rahmen dieser Tagung immer von Wissenschaftlichkeit gesprochen wird und viele Ergebnisse oft nur als wissenschaftlich hingestellt werden. Beim Tagesmütter-Projekt zum Beispiel wird gesagt, daß diese Kinder genauso wie andere gefördert wurden, doch weiß ich von anderer Stelle, daß viele dieser Kinder schon vorher so gefördert wurden, daß Unterschiede und Schwierigkeiten später gar nicht auftraten.

Ilse Diller-Murschall: Ich denke, daß durch den letzten Beitrag ein ganz wichtiger Punkt angesprochen wurde: es geht nämlich um die Frage, was hinterher mit den Tagungsergebnissen eigentlich passiert. Dabei ist es sehr wichtig, daß nicht nur diejenigen Bescheid wissen, die an der Tagung teilgenommen haben. Die geplante Dokumentation der Tagung wird sicherlich auch nicht ausreichen. Damit diese Fragen möglichst breit in der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden, möchte ich Sie alle auffordern, sie auch in Ihre Arbeitszusammenhänge einzubringen, wo immer Sie es können.

Oeter: Wenn hier wiederholt von „Überschaubarkeit“ gesprochen wurde, soll das heißen, überschaubar von oben, nämlich von der Betreuung aus, oder auch, daß das kleine Kind einen gewissen Überblick hat? Was kann dieses kleine Wesen verkraften? Dabei ist die entscheidende Frage, wie groß die Gruppe sein darf. Die gemischte Gruppe ist auf jeden Fall der gleichaltrigen Gruppe überlegen. Des weiteren möchte ich sagen, von dem ich glaube, Ihnen allen damit aus dem Herzen zu sprechen: die auf einer Etage in einem Wohngetto eingeschlossene Kleinfamilie ist ungefähr das pathologischste, was es gibt! Ich kann das beurteilen, weil ich inzwischen fast 80 Jahre alt bin und mich erinnern kann, wie ich als kleiner Junge die Welt selbst erfahren habe, indem ich meine Auswahl selbst getroffen habe. Der dritte Aspekt betrifft die Finanzen: Wenn wir wenigstens etwas schaffen wollen, müssen wir mindestens das Zehnfache von dem haben, was Herr Senator Scherf Ihnen zu bewilligen bereit ist. (Beifall) Ich möchte zu dieser Frage hier keine konkreten Antworten vorlegen, sondern Herrn Scherf darum bitten, mir die Gelegenheit zu einem 20-30minütigen Gespräch bei ihm zu geben, um dieses Problem zu klären.

Hans Schindler: Herr Beller hat bereits ausgeführt, daß Krippenerziehung auch unter den heute noch relativ schlechten materiellen Bedingungen keine Schäden bei den Kindern hervorruft. Wenn wir davon ausgehen, daß die Kinder bei einer besseren Ausstattung noch besser gefördert werden könnten, dann wird meiner Meinung nach alleine deutlich, daß eine solche Betreuung der Familienerziehung überlegen ist, zumal diese gar nicht mehr als „Familienerziehung“ bezeichnet werden kann, weil es die Familie im traditionellen Sinn häufig nicht mehr gibt, sondern immer mehr ein Elternteil alleine für die Erziehung der Kinder zuständig ist, während der andere unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen gezwungen ist zu arbeiten. Eine solche Erziehung ruft zwangsläufig Defizite bei den Kindern hervor, und bedeutet auf keinen Fall eine optimale Förderung.

Meiner Ansicht nach wäre es wichtig, nicht immer nur nach Defiziten und möglichen Schäden zu suchen, sondern man sollte beobachten, welche positiven Auswirkungen es hat, wenn Kinder mit anderen gleichaltrigen Kindern zusammen kommen. Wir könnten dadurch ein Stück weiterkommen, eine vernünftige pädagogische Konzeption zu entwickeln und würden endlich einmal von der für mich abgedroschenen Diskussion Familie einerseits Kinderkrippe andererseits herunterkommen. Ich möchte das an einem konkreten Beispiel aus meiner Erfahrung bei einem Familienbildungsurlaub verdeutlichen, an dem insgesamt 9 Familien mit 10 Kindern zwischen 9 Monaten und 4 Jahren teilnahmen: Während dieser Zeit haben 7 dieser Kindern nach Aussage der jeweiligen Eltern und Beobachtungen der anderen anwesenden Eltern enorme Fortschritte und Sprünge in ihrer Entwicklung gemacht. Alle Kinder zeigten deutlich das Bedürfnis, mit den anderen Kindern etwas tun zu wollen, was für mich deutlich das Bedürfnis der Kinder nach Sozialkontakten über den Bereich der Familie bzw. des einen Elternteils hinaus bestätigte. Wenn man dies konsequent zu Ende denkt, ergibt sich durchaus die Notwendigkeit, ein flächendeckendes Angebot familienergänzender Erziehung für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen. Auch wenn dies finanziell im Moment nicht machbar ist, ist es notwendig, diese pädagogischen Gesichtspunkte zur Kenntnis zu nehmen. Nur dann, wenn diese Erkenntnisse nicht immer wieder unter den Tisch gejubelt werden, ist es möglich, zumindest langfristig finanziell etwas durchzusetzen.

K.P. Iland: Von allen, die an der Tagung und dieser Diskussion teilgenommen haben, wurde gesagt, daß es viele Anregungen gegeben hat, die weiter diskutiert werden müssen. Für uns in Bremen ist aber relevant, wie der Rahmen und die Möglichkeiten sind, die Anregungen in die

Praxis umzusetzen. Ich finde, daß der Rahmen doch sehr eng ist, wenn man Herrn Scherfs Ausführungen zugehört hat. Er sagte: „Von einer bislang grundsätzlichen Ablehnung öffentlicher Förderung in diesem Bereich kommen wir hin zu Angeboten in sozialen Brennpunkten.“ Das ist sicher zu begrüßen, da es in der Tat eine erste Bewegung auf ein Ziel zu ist. Ich komme später darauf zurück, wie man diese Bewegung einzuschätzen hat, ob es ein erster Schritt oder viel weniger ist. Wenn man es mal genau untersucht und vielleicht auch im Kaffeesatz liest – was hier leider notwendig ist –, dann heißt es, daß vielleicht in einigen Stadtteilen Betreuungsplätze geschaffen werden, eventuell in bestehenden Kindertagesheimen oder in neu aufzubauenden Einrichtungen von freien Trägern.

Die sozialen Brennpunkte werden also Stadtteile sein, meistens Neubauviertel, Sanierungsgebiete mit hohem Ausländeranteil, mit hohem Anteil von alleinerziehenden Eltern. Gleichzeitig wird es um bestimmte Personengruppen, meist alleinstehende Frauen, gehen, für die ein Angebot gemacht werden soll. Aber das ist schon das Ende der Fahnenstange, wenn ich das alles berücksichtige, was hier an Zugeständnissen angedeutet wurde. Für die 300 Kinder, die hier in Bremen in ca. 50 Baby-Gruppen betreut werden, bieten Sie einzig und allein die Prüfung des Einzelfalles an. Es wird geprüft, ob es sich bei den Eltern bzw. den Müttern um bedürftige Personen handelt. Denen würde man eine Hilfe zur Erziehung nach dem BSHG – ein Betrag von höchstens 80 DM im Monat – zur Verfügung stellen. Weiteres haben Sie nicht anzubieten. Selbst in der Bürgerschaftsdebatte gingen Sie weiter. Sie sagten, daß Spielgruppen zu unterstützen seien, und daß man für sie noch Räumlichkeiten finden müßte. Davon ist heute abend gar nichts mehr gesagt worden. Irgend jemand sprach davon, daß morgens in Bürgerhäusern oder Gemeindehäusern von Kirchen Raum ist. Das ist aber nicht das, was von den Bremer Baby-Gruppen gesucht wird. Es werden Räumlichkeiten für die ganze Woche (für die Tages- oder Halbtagesbetreuung) gesucht. In keinem einzigen Fall ist bisher, trotz mehrerer Briefe, eine konkrete Zusage, geschweige denn eine ansatzweise Hilfe bei der Raumsuche durchgesetzt worden. So eng ist der Rahmen! Da muß doch Protest kommen von den Leuten, die sich hier mit sehr guten Argumenten im Rahmen der Tagung, gestern und heute, in ihren Beiträgen dafür eingesetzt haben, daß die Tagesbetreuung von so kleinen Kindern aus diesem Getto der Notlösung herausgeholt und zu einer wirklichen Alternative wird. Es muß doch deprimierend für diese Experten sein zu erleben, was da von ihren Erfahrungen und Ergebnissen heruntergeschraubt wird und übrig bleibt. Und mehr wird da auch in Zukunft nicht kommen!

Helga Krüger-Müller: Es wurden hier wiederholt – leider nicht immer im richtigen Zusammenhang – meine Ausführungen, insbesondere beim gestrigen Expertenhearing, zum Forschungsstand in Sachen frühkindlicher Sozialisation zitiert. Was ich gesagt habe, ist im Kern, daß wir bezüglich der These, daß das Kind in den ersten drei Lebensjahren am besten bei der Mutter zu Hause bleiben soll, eine weitgehend ununtersuchte Alternative anbieten. Daß die Mütter sich in der Form auf ihre Kinder konzentrieren, wie sie es heute in der durchschnittlichen Kleinfamilie tun, ist eine neue Erscheinung, die erst in den Nachkriegsjahren auftreten konnte. Als aber die heute immer noch gängigen psychoanalytischen Theorien zur frühkindlichen Entwicklung und vor allem zur Mutter-Kind-Beziehung aufgestellt wurden, waren der Sozialisationsraum der Kinder und auch die Situation der Frau andere; sie wurden in der Realität längst überholt.

Mißverstehen Sie mich also bitte nicht. Ich habe nicht gesagt, daß es wenig Untersuchungen über Kleinstkind-Situationen oder wenig Erkenntnisse über Krippenerziehung oder über das, was inzwischen an Alternativen entwickelt wird, gibt. Ich habe mich auf den Sozialisationsraum „Familie“ bezogen und betont, daß wir dort mit einer nicht belegbaren Hypothese argumentieren, wenn wir heute noch behaupten, die frühkindliche Sozialisation könne zweckmäßig und optimal nur in der Familie erfolgen. Das ist das Problem und dagegen wehre ich mich.

Ilse Haase-Schur: Ich bin sehr froh über den Redner davor, der endlich einmal etwas deutlicher gesagt hat, wie die Reaktion von Vertretern des Senats und der Deputation auf diese Bedarfslage einzuschätzen ist.

Ich habe mich während der Diskussion manchmal auf einen anderen Stern versetzt gefühlt. Wenn ich mir vorstelle, daß vor dem Hintergrund dieser Bedarfslage eine solche Diskussion in Berlin geführt würde, dann wäre dort nicht ansatzweise diese Art von großer Rücksichtnahme gegenüber den politisch Verantwortlichen zu verspüren. Hier in Bremen dagegen scheinen die Bürger die Finanzlage des zuständigen Senators verinnerlicht zu haben. (Lachen, Beifall) Sie äußern sich sehr rücksichtsvoll und lieb, obwohl doch jeder weiß, daß Jugendhilfe als solche in den öffentlichen Haushalten sowieso immer am Rande steht. Wenn man da auch nur einen Schritt weiter kommen will, dann muß man sein Konzept sehr offen vertreten: Man muß eigentlich als Senator, wenn ich das als Außenstehende einmal so sagen darf, den Bedarf zusätzlich noch deutlich machen, anstatt ihn selber noch zurück zu nehmen. Das war jedenfalls in Berlin die einzige Strategie, die überhaupt zu Kindertagesstätten geführt hat. Wir haben in den Jahren 1971–1975, der Legislaturperiode, in der die Senatorin Ilse Reichel begann, den ersten Kindertagesstätten-Entwicklungsplan vorgelegt. Es gab in ihm eine sehr dezidierte Bedarfsplanung und ich frage mich jetzt: Wo bleibt hier die Bedarfsplanung? Wo kommt vom Senator überhaupt einmal eine Äußerung in Richtung Bedarfsplanung? Stattdessen wird ein Jugendhilfekonzert im Sinne von Notlösungen, von Brennpunkten vertreten. Wir müssen uns auf die Brennpunkte konzentrieren und dort Katastropheneinsatz machen! Nur das habe ich gehört.

Von dem leitenden Fachbeamten, Herrn Henschel, wird gesagt: Die Forschungslage wäre ja bisher immer noch ziemlich ungesichert; auch müßte man da noch weiter abwarten. Wo in der Welt – solange bin ich schon in der Verwaltung, daß ich das weiß – werden politische Entscheidungen nach der Forschungslage getroffen? (Beifall)

Ilse Diller-Murschall: Es trifft sich außerordentlich gut, daß Herr Senator Scherf als nächster auf der Rednerliste steht.

Henning Scherf: Ich kenne diese Reden, Frau Haase-Schur, weil ich sie in Berlin auch halte! Es ist immer einfach, sich in einer anderen Stadt einmal richtig das Herz frei zu reden. Dagegen ist es eine Peinlichkeit, wenn man in der Pflicht ist, zum Beispiel in Ihrer Lage in Berlin, das, was dort gerade wirklich gemacht worden ist (Streichung des Nulltarifs für Krippenplätze), auch noch als Fortschritt ausgeben muß. Dies ist aber leider meine Lage hier. Es wäre absolute Traumtänzerie und geradezu das dramatische Zerhacken von inhaltlichen Verständigungschancen, wenn ich so vorgehen würde, wie es mir diese notleidende Berliner Beamtin gerade empfohlen hat.

Zwischenfrage von K.P. Ifland: Herr Scherf, haben Sie sich nicht ernsthaft überlegt, ob es nicht besser und ehrlicher gewesen wäre, Ihren für Finanzen zuständigen Senatskollegen Moritz Thape hierher zu schicken, der als „Sparstift-Senator“ sicher besser und stringenter als Sie hätte argumentieren können?

Ich will hier nicht meinen Kollegen Moritz Thape vorführen, aber der würde bestimmt sagen, es hat überhaupt keinen Sinn, zu einer solchen Veranstaltung zu gehen; denn was soll das denn? Wenn überhaupt, dann werden wir denen die letzten Gelder wegnehmen.

Wenn Sie sich auf so eine Linie einlassen, dann hat es wirklich überhaupt keine Vernunft, sich über inhaltliche Verständigungsschritte klar zu werden oder an sie ranzurobben. Ich denke, wer wirklich bereit ist, sich auf diesen hier in den letzten Tagen sichtbar gewordenen Verständigungsprozeß einzulassen, der sollte diese großen Hämmer beiseite lassen. Die werden im Zweifel andere schwingen, die aber nicht Ihr Interesse noch mein Interesse verfolgen. Vielleicht haben Sie aber Spaß daran, damit Sie sagen können, das habe ich mir schon so gedacht. Aber dann weiß ich nicht, warum Sie hierher kommen.

Marianne Hänecke: Also ich bin Mitglied der CDU-Fraktion und habe auch an der gestrigen Nachmittagsveranstaltung teilgenommen. Sie haben Herrn Ehlers so vermißt, dafür bin ich also dagewesen. Ich habe mir auch vorgenommen, morgen Vormittag wieder dabei zu sein, weil ich es für außerordentlich wichtig halte, daß man eine Zusammenfassung von einer solchen Tagung mitnimmt. Wenn man politisch arbeitet, hat man einfach nicht die Zeit, zwei volle Tage an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen.

Ich habe übrigens den Eindruck, daß Sie hier vielleicht in der Mehrheit schlechte Erfahrungen mit Ihren Familien gemacht haben. Ich weiß nicht, wie Sie sonst dazu kommen, die Familie so darzustellen, als wäre sie – verkürzt gesprochen – das größte Übel. Ich meine, daß das Gros der Familien in Ordnung ist.

Sicherlich haben Sie recht, Frau Hanstein, daß niemand bestimmen kann, was für Sie oder die Mütter im allgemeinen gut ist. Aber auch Politiker haben Familien, bringen Ihre Erfahrungen in ihre politische Arbeit ein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas zu dem Familiengeld sagen. Es ist vielleicht möglich, daß eine Mutter mit nur einem Kind weiter arbeiten kann und das Familiengeld nicht braucht. Aber es gibt ja auch Mütter, die drei und vier Kinder haben. Für diese ist das Familiengeld eine ganz enorme Hilfe, wenn sie dadurch weiter zu Hause bleiben können und nicht arbeiten gehen müssen. Es wird doch heute keiner behaupten, daß die Mütter nur berufstätig sind, weil es ihnen Spaß macht; viele Mütter müssen arbeiten!

Schließlich möchte ich noch wissen, ob es morgen eine abschließende Zusammenfassung der Tagungsergebnisse gibt, damit man daran noch teilnehmen kann.

Auf die von Frau Haase-Schur vorweggenommene Übertragung des Wahlkampfes von Berlin nach Bremen einzugehen, will ich mir jetzt ersparen.

Ilse Diller-Murschall: Wir haben morgen im Verlauf der Tagung vor, die Arbeitsgruppenergebnisse zusammenzutragen und zu diskutieren. Ich glaube nicht, daß wir morgen schon zu einer umfassenderen Zusammenfassung der Tagung kommen werden. Es liegt einfach noch sehr viel Material vor, und wir tun sicherlich gut daran, hinterher alles sorgfältig und in Ruhe aufzubereiten. Wir haben nun noch zwei Redner, bevor wir diese Plenumsdiskussion beenden.

Sabine Uhl: Ich wollte Herrn Scherf nur dahingehend unterstützen, daß die Deputation ganz bestimmt mit ihm gemeinsam überlegen wird, wie wir die Fachtagung politisch aufarbeiten.

Ich bin froh, daß Sie, Frau Hanstein, noch einmal darauf hingewiesen haben, daß es vorrangig um die pädagogische Zielsetzung und erst in einem zweiten Schritt um die Finanzierung des Ganzen gehen muß. Dabei sind wir bemüht, daß wir auch in Bremen auf unterschiedliche ökonomische Bedingungen treffen, von denen wir ausgehen und Angebote unterschiedlicher Auswirkungen für die Betroffenen machen müssen. Ich meine, da müßten sich auch diejenigen, die vehement eine Tagespflegestelle oder etwas anderes für ihre 0–3jährigen Kinder gefordert haben, in die Pflicht der finanziellen Mitarbeit nehmen lassen. Wir werden die Aufgabe haben, dies sorgfältig über die Recourcen hinweg zu machen. Wir können es uns einfach nicht leisten, etwas kurzfristig in die Welt zu schieben, was hinterher nicht mehr haltbar ist. Alle würden uns spätestens nach zwei Jahren fragen, wie habt ihr das mit der Fortbildung der Mitarbeiter gemacht, welche Programme habt ihr usw. Ich würde es begrüßen, wenn wir Ihre Unterstützung auch weiterhin als Ansprechpartner haben, um mit Ihnen gemeinsam zu Modellen zu kommen.

Kuno Beller: Ich möchte zum Abschluß nicht als Wissenschaftler zu Ihnen sprechen, sondern ganz einfach als Mensch und als jemand, der selbst Kinder groß gezogen hat. Herr Senator Scherf, ich hoffe, daß die Eltern, die heute Abend nicht nur ihre Bedürfnisse, sondern auch die ihrer Kinder sehr klar zum Ausdruck gebracht haben, Sie mit ihrem Engagement anstecken und dazu beitragen, die Kinder als sich gesund entwickelnde Menschen mit positiven Bedürfnissen anzusehen, anstatt immer nur von Krisen, Krankheiten und Schäden auszugehen. Ich hoffe, daß Ihnen diese Eltern Mut geben, das zu tun, was hier gefordert wurde.

Ilsa Diller-Murschall/Michael Schablow: Das war schon fast ein Schlußwort und es ist auch schon spät geworden. Wir möchten damit die Podiumsdiskussion abschließen und hoffen, daß diese Tagung für Bremen tatsächlich nur ein erster Schritt ist und daß sie nicht eine Alibifunktion erhält, wie es von einigen Kritikern befürchtet wird. Wir möchten gleichzeitig an dieser Stelle den Referenten, die an der Tagung intensiv mitgearbeitet haben, aber auch allen hier auf dem Podium und den Teilnehmern aus dem Publikum herzlich für Ihre Beteiligung an der Diskussion danken. Den Politikern wünschen wir viel Glück für ihre kommenden Entscheidungen. (Beifall)